

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Vereinbarung.

Zwölfte Jahresversammlung der Ortskrankenkassen Deutschlands.

□ Dresden, 9. August 1905.

Von allen Seiten erfolgen Angriffe gegen unsere Ortskrankenkassen. Nicht weil die große Mehrzahl derselben noch auf den gesetzlichen Minimalleistungen stehen geblieben ist, bei der ständig drohenden Konkurrenz der Betriebs- und Zwingungs-krankenkassen usw. auch oft schwer ihre Leistungen erhöhen kann oder weil die Krankenversicherung so zersplittert ist, sondern weil die Ortskrankenkassen die einzige Zwangsversicherung sind, in denen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter noch am besten gewahrt und ausgeübt werden kann. Deshalb hegt man von Seiten der Reaktionen seit letzter Zeit immer stärker gegen die Ortskrankenkassen und droht und droht, durch eine neue Novelle zum Gesetz diesen Kassen die Flügel noch mehr zu beschneiden, als man dies durch die frühere Novelle zum Gesetz vom Jahre 1892 getan hatte, um den verhassten freien Hilfskassen das Lebenslicht auszublenden. Die Reaktion, die das Böse wollte, hatte damals eigentlich das Gute getan und durch ihren Kampf gegen die Hilfskassen zahlreiche Mitglieder derselben in die so lange ängstlich gemiedenen Zwangskassen hineingedrängt, so daß erst seit dieser Zeit neues Leben in die Arbeiterversicherung hineinkam. Deutlich merkt man auch, daß unter den hier versammelten Delegierten der Ortskrankenkassen Deutschlands gar viele sind, die ihre Ausbildung in der Kassentätigkeit zuerst in der Hilfskasse erhalten haben und mit dem gleichen Eifer auch das Reformwerk in den Zwangskassen begonnen haben. Ein eigenartiges Bild! Unternehmer, Arbeiter und Kassenbeamte sind hier als gewählte Delegierte friedlich vereinigt. Hier hat man eigentlich ein Stückchen der so viel gepriesenen „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ durch das einträchtige Zusammenarbeiten erreicht, und nun will man auch diesen kleinen Ansatz wieder zerstören? Nur zu! Man hätte eigentlich erwartet, daß die diesjährige Versammlung der Ortskrankenkassen speziell die Arztfrage mehr behandeln würde. Glaubt man, daß der Arztstreit wirklich seinen Höhepunkt überschritten habe? Dafür hat man ein ebenfalls aktuelles Thema auf die Tagesordnung genommen: „Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung“, und Redakteur Sydow-Berlin mit dem Referat betraut. Bekanntlich hatte der vorjährige Kongress der Ortskrankenkassen zu München dem Wort aufgegeben, einen Entwurf eines einheitlichen Arbeiterversicherungsgesetzes zu liefern. Dieser Entwurf liegt heute vor und wurde auch als Hauptpunkt im Referat und nachfolgender regen Diskussion betrachtet. Wenn die Regierung durch den Mund ihres Ministers Posadowsky erklären ließ, daß eine Zusammenlegung der drei Arbeiterversicherungsgesetze dringend nötig sei, so konnte dies der Referent auch als Wunsch aller Krankenkassen bezeichnen. Der große Unterschied ist jedoch aber der, daß die Regierung und mit ihr alle Reaktionen mit diesem Plane die vollständige Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes erstreben, während Referent und Kassenvertreter dadurch einen Ausbau und Ausdehnung des Selbstverwaltungsrechtes erzielen wollen. Ohne Selbstverwaltungsrecht keine wirkliche Arbeiterversicherung. Kein Delegierter vertrat einen anderen Standpunkt, und könnten schon daraus die Reaktionen ersehen, daß ihre „Wünsche“ auf energischen Widerstand stoßen werden, auch an eine Verschmelzung der drei Gesetze nicht eher gedacht werden kann, bis die Krankenversicherung mehr ausgedehnt und vereinheitlicht wird. Ein Angriff auf die Selbstverwaltung soll sofort mit einem großen Protestkongress beantwortet werden. Bis jedoch eine Verschmelzung der drei Gesetze zustande kommt, hat man mit dem heutigen Zustand voll zu rechnen und wenn möglich ein reages Zusammenarbeiten anzustreben. Dies betonte auch der Referent Fischer-Weimar, der über „Die Einhebung der Beiträge für die Invalidenversicherung“ sprach. Nur einzelne Bundesstaaten kamen zu dem vom Referenten gewünschten System, den Krankenkassen die Einhebung dieser Beiträge zu übertragen. Dadurch ist den Kassen, den Versicherten, aber auch der Invalidenversicherung mehr geholfen als in Preußen, wo jeder Unternehmer die Beitragsmarken allwöchentlich selbst kleben muß, die Beiträge seinen Arbeitern wohl pünktlich vom Lohne abzieht, jedoch im „Drange der Geschäfte“ das Markenkaufen — „vergibt“. Die Folge ist, daß alljährlich Tausende, ja Millionen von Mark der Kasse verloren gehen, der Arbeiter vergeblich auf seine Invalidenkarte, die ja leider zum zweiten Arbeitsbuch für „Volljährige“ geworden ist, warten muß, die er bei dem System der Einziehung der Beiträge durch die Krankenkassen jederzeit und in vollster Ordnung auf dem Bureau

der Kasse abholen könnte. Nach Ansicht des Kongresses soll deshalb allen Ortskrankenkassen die Einziehung der Invalidenbeiträge übertragen werden.

Endlich hat man den Krankenkassen einen längst gehegten Wunsch erfüllt und eine einheitliche Arzneitaxe für das Deutsche Reich geschaffen. Wer die Summen kennt, die von den Krankenkassen alljährlich den Apotheken gezahlt werden, wer die Preisdifferenzen usw. in den seitherigen Tagen kennt und die neue Reichsarzneitaxe damit vergleicht, wird wohl den Fortschritt anerkennen, doch dafür der Regierung keinen Dank extra zollen. Zu diesen Schlüssen kam auch der Referent dieses Punktes, Herr D. Staller-Charlottenburg, der als Apotheker diese Materie wohl am besten kennen muß. Er kennt die Vorteile seines Standes den schwachen Krankenkassen gegenüber und gab auch unverhohlen zu, daß es ein Unding ist, das Monopolsystem der Apotheken heute noch aufrechtzuerhalten, und die Regierung diesen Monopolinhabern immer ein „geneigtes Ohr“ schenkt, dagegen die Kassenvorstände als Vertreter der Arzneikonsumenten gar nicht gehört hatte. Die neue Taxe hat aber die einfachen Medikamente oft teurer, die komplizierten etwas billiger gemacht, keine Klärung des Begriffes „Handverkauf“ gebracht. Ebensovienig sind die Wünsche: Regelung des Rabatts für die Kassen, erfüllt worden, deshalb genau aufzupassen und vieles nachzuholen.

Wie schwanfend unsere Rechtsprechung ist, davon gab uns Redakteur Alb. Kohn-Berlin in seinem Referat über die „Rechtsprechung des preussischen Obergerichtes und die soziale Prophylaxe“ ein klares Bild. Für Verhütung von Krankheiten dürfen die Krankenkassen kein Mittel aufwenden; ja man unterlag sogar die Ausgaben für Beteiligung an Kongressen für Volksgesundheit, die vorbeugende Maßnahmen beraten. Das Verbot des ehemaligen Ministers und heutigen „Sozialpolitikers“ Berlepsch, die Kosten für die Jahresversammlung der Ortskrankenkassen aus Kassennitteln zu bestreiten, wurde wohl durch das Bielefelder Urteil beseitigt, jedoch keine genügende Klärung der ganzen Frage geschaffen, so daß die Jahresversammlung die geschäftsführende Kasse beauftragte, bei der Regierung vorstellig zu werden, daß endlich diese Frage gesetzlich geregelt werde.

Ein weiterer Antrag, ein einheitliches Quittungsbuch für alle Ortskrankenkassen auszuarbeiten, wurde zurückgezogen, nachdem darauf hingewiesen wurde, daß erfreulicherweise viele Kassen das lästige Buch längst fallen gelassen haben.

Weniger Anträge auf Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes wurden hier von den Krankenkassen eingeklagt. Es war hier ja auch kein Fehler, da ja die Tagesordnung des Kongresses an sich reichhaltig genug war, früher des Guten auch etwas zu viel getan wurde. Nicht alle Kassen werden den der Antrag Hamburger Ortskrankenkassen begrüßen: „Die Versicherungspflicht auch auf die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden auszu dehnen“. Es wurde betont, daß wohl diese Leute sehr schlechte Risiken für die Kassen seien, die unter schlechten Arbeitsbedingungen, in ungesunden Arbeitsstätten ihr Brot verdienen müßten, deshalb häufiger die Mittel der Kassen in Anspruch nehmen. Trotzdem sei es Pflicht jedes denkenden Menschen, für die so notwendige Versicherungspflicht dieser Arbeiterkategorie einzutreten. Es wurde in der Diskussion nicht mit Unrecht auf die große Zersplitterung im Kassenwesen hingewiesen und erst die Beseitigung dieses Mißstandes gefordert. Mit großer Majorität beschloß jedoch der Kongress, daß dem Hamburger Antrag stattzugeben sei, da man im Interesse dieser Arbeiterkategorie doch nicht so lange warten könnte.

Von großem Interesse war auch der Antrag der Berliner Kassen: dem § 52 a des Krankenversicherungsgesetzes den Zusatz zu geben, daß an Stelle des mittellosen Unternehmers der Auftraggeber, der Kapitalist für die leistenden Kassenträge zu haften hat, ebenso bei den sogenannten Zwischenunternehmern. Wer den großen Schwindel kennt, der sich speziell im Baugewerbe breit gemacht hat, daß vollständig mittellose Strohsträger nach außen als „Unternehmer“ auftreten müssen, von Kapitalisten selbst ausgebeutet, den Arbeitern den verdienten Lohn, den Kassen die Beiträge vorzuenthalten, der wird diesen Antrag ebenso begrüßen, wie er von den Kassenvertretern behandelt wurde. Kein Delegierter hatte etwas dagegen einzuwenden, ebenso gegen den Antrag: das Befreiungsrecht (§ 3 a II des Krankenversicherungsgesetzes) aufzuheben und alle Arbeiter zur Kasse anzumelden.

Als Zantapfel wurde von mancher Seite die Frage „Lohnanstellungsverhältnisse der Kassenbeamten“ betrachtet und deshalb hier eine scharfe Debatte erwartet. Erfreulicherweise kamen die Leute nicht auf ihre Rechnung

und wurde auch hier ein Ausweg gefunden. Arbeiter sind oftmals sehr knauserige Arbeitgeber, wenn sie selbst so schlecht gelohnt, als Arbeitgeber in Krankenkassen, Konsumvereinen usw. fungieren müssen. Dies betonte E. Gräf-Frankfurt a. M., der den Bericht der sogenannten Breslauer paritätischen Kommission über die Beamtenfrage gab. Zahlreiche Kassenverwaltungen hätten es leider abgelehnt, ihren Beamten auskömmliche Löhne zu zahlen, wie dies von der Münchener Jahresversammlung ausdrücklich festgelegt worden sei, oder feste Anstellung mit Pension, Witwen- und Waisenversorgung zu gewähren. Daß speziell Arbeitervertreter dies verhindert hätten, sei tief bedauerlich, mache aber erst ein Zentralamt nötig, wie dies von der Kommission vorgeschlagen wurde. Ein Erfolg sei doch schon da, hätten doch 62 Kassen mit 815 Branchen die Beschlüsse voll und ganz, 55 Kassen mit 348 Branchen teilweise erfüllt und 50 Kassen die Regelung der Frage in Aussicht gestellt. Nach teilweiser heftiger Debatte wurde beschlossen, daß das Zentralamt usw. erst dann in Funktion treten solle, wenn die Kommission nochmals das Regulativ revidiert und der nächsten Jahresversammlung zur weiteren Prüfung vorgelegt habe. Die nächste Jahresversammlung soll in Düsseldorf abgehalten werden.

Hoffentlich sind dort die Behörden stärker vertreten. Zur Dresdener Jahresversammlung hatte nur die sächsische Regierung einen höheren Beamten entsandt, der einsam an seinem Tische saß und den Debatten aufmerksam folgte, wie auch die Vertreter der Ärztschaft. Zu viel beschäftigt war die Stadtverwaltung Dresdens, die sich entschuldigen ließ und keinen Vertreter aus Zeitmangel senden konnte. Daß Preußen oder das Reich keinen Beamten senden würde, darauf war man gefaßt. Es handelte sich ja auch nur — um die Arbeiterversicherung!!

Um so mehr Interesse müssen die Arbeiter an diesen Kongressen haben und werden deshalb den Beschlüssen und Beratungen der 294 Delegierten, die 148 Ortskrankenkassen mit mehr als 2 1/2 Millionen Versicherten vertraten, die nötige Aufmerksamkeit schenken.

Ein Buch über den Generalstreik.

(Fortsetzung.)

Daß die Gefahr bei einem ausgesprochenen politischen Streik dieselbe ist, beweist die Verfasserin mit ihrer eigenen Schilderung des zweiten holländischen Generalstreiks im Jahre 1903. Derselbe war inszeniert, um die Annahme der von der Regierung eingebrachten Gesetze zur Vernichtung der Koalitionsfreiheit zu verhindern. Kein Zweifel also, es war ein Streik mit bezweckten politischen Wirkungen. Und von diesem Streik aus ihrem eigenen Vaterland stellt die Verfasserin fest, daß er mit einer ökonomischen Katastrophe endete. Die Streiker konnten bei Wiederaufnahme der Arbeit keine einzige Bedingung stellen; die Organisation der Eisenbahner wurde fast total vernichtet. Auch eine ganze Reihe von anderen Gewerkschaften wurde ernstlich geschwächt, besonders in Amsterdam verloren sie Tausende von Mitgliedern. Nach Verlauf eines Jahres waren noch Hunderte von Opfern übrig, die nur notdürftig unterstützt werden konnten. Die holländische Gewerkschaftsbewegung hat sich heute noch bei weitem nicht von dem Schläge erholt, der ihr vor zwei Jahren verfest wurde. Außer dieser „ökonomischen Katastrophe“ war der Streik aber auch ein absoluter politischer Mißerfolg, ja er hat vielleicht noch dazu beigetragen, daß die reaktionäre Regierung um so leichter ihren Willen durchsetzen konnte.

Und wie in Holland, so ein Jahr vorher schon in Belgien. Der belgische Generalstreik vom Jahre 1898 zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes war der erste in seiner Art. Er war nach den Mitteilungen der Verfasserin durch eine jahrelange, unaufhörlich geführte Propaganda vorbereitet worden. Dank dieser Geschultheit der Arbeiter, so heißt es, brachte der Streik einen teilweisen Erfolg, er endete mit einem Kompromiß, mit einem halben Siege des Proletariats. Dann aber folgte der zweite belgische Generalstreik im Jahre 1902. Trotzdem er viel umfangreicher war als der von 1898, trotzdem die Organisation und Geschultheit der belgischen Arbeiter zugenommen hatten, und trotzdem es auch an der allgemeinen Begeisterung keineswegs fehlte, erzwang er doch von der Bourgeoisie nicht die geringste Konzession, vermochte er weder die geschlossene Majorität im Parlament noch die reaktionären Parteien außerhalb desselben auch nur im mindesten aus dem Gleise zu bringen. Dafür aber hatten die belgischen Arbeiter schwere Opfer an Gut und Blut zu tragen, und der politische Erfolg war: — daß die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht eine Zeilang erschaffte!

Auch der italienische Generalfstreik des Jahres 1904 ist in dem Buche erwähnt: „Die einen feiern ihn als einen großen Sieg des Proletariats, während andere der Ansicht sind, daß die Schädten, die er brachte, seine günstigen Folgen weit übertroffen haben.“

Aber trotz allen diesen Feststellungen soll das Buch nach der Absicht der Verfasserin eine Propagandaschrift für den politischen Massenstreik sein. Kautsky rühmt ihm in dem Vorwort nach, daß es Klarheit schaffe über die „wichtigste praktische Frage“ und die Diskussion auf ein höheres Niveau als dasjenige des Kölner Gewerkschaftskongresses erheben und sie fruchtbringend gestalten werde. Das allerdings halte auch ich für möglich insofern, als ich in dem Buche, soweit es Klarheit schafft, eine Warnungstafel erblicke gegen die Propagierung des Generalfstreiks.

Aus den Widersprüchen kommt die Verfasserin nicht heraus. Auf der einen Seite bezeichnet sie den Generalfstreik als das einzige Mittel zur Abwehr von Rechtsbeschränkungen und für den Sieg des Proletariats, auf der anderen Seite muß sie zugeben, daß jede Entrechtung der Arbeiter auf die Dauer von selbst unhaltbar wird: „Die erste Einschränkung der politischen Rechte des Proletariats bedeutet den ersten Schritt zurück auf dem zurückgelegten Wege, der vom Konstitutionalismus zum Absolutismus herunterführt. Selbstverständlich ist der ungeführte Fortgang dieser rückläufigen Bewegung undenkbar. In den ökonomisch am meisten vorgeschrittenen, mehr oder weniger konstitutionell regierten Ländern Europas würde sie die politischen Bedingungen zur Weiterentwicklung oder auch nur zur Aufrechterhaltung der Produktion auf der jetzigen Höhe zerstören. Ihre Wirkung wäre die gesellschaftliche Desorganisation, der Niedergang des Kapitalismus.“ Ist diese Ansicht zutreffend, dann ist ja die Gefahr gar nicht so groß, daß es ratsam wäre, einen Generalfstreik mit seinem unsicheren und zweifelhaften Erfolg zu wagen!

Während Kautsky im Vorwort darlegt, daß keineswegs die gewerkschaftliche Organisation eine Voraussetzung für den politischen Streik sei, sagt die Verfasserin im Gegenfah hierzu: „Die Idee des politischen Massenstreiks kann nur unter einer Arbeitererschaft auskommen, die schon durch die industriellen Verhältnisse zum gewerkschaftlichen Kampfe im großen Maßstab gedrängt wurde.“ Andererseits spricht wieder sehr für die Ansicht Viktor Adlers — daß die Gewerkschaften bei einem politischen Streik völlig zur Seite treten sollen —, was die Verfasserin von dem teilweise erfolgreichen Generalfstreik in Schweden berichtet: Zur Verhütung von Vergeltungsakten der Unternehmer wurden die Gewerkschaften vollkommen aus dem Spiele gelassen, der Aufruf zum Streik ging allein von der sozialdemokratischen Parteileitung aus. Deshalb kostete die Bewegung den Gewerkschaften so gut wie keine Opfer. — Bei längerer Dauer des Streiks wären die Opfer allerdings wohl größere geworden.

Über die Möglichkeit der längeren Aufrechterhaltung eines Massenstreiks meint die Verfasserin, manche Arbeiterfamilie würde sich mit ihren Sparpfennigen einige Zeit über Wasser halten können. In zweiter Linie komme die Unterstützung durch die Gewerkschaftskassen und die Konsumvereine in Frage, endlich die Geldmittel, die den Kämpfenden aus den Mittelschichten der Bevölkerung zufließen, und schließlich noch die Geldsendungen des internationalen Proletariats! Also der Generalfstreik gestützt auf Geldunterstützung. Auf diese Hoffnung gestellt, würde er sicher verloren sein.

Beachtenswert ist die Erörterung der Frage, ob ein Generalfstreik auch möglich ist, wenn sich nur ein Teil der Arbeitererschaft daran beteiligt. Hierzu führt die Verfasserin aus, es sei gar nicht nötig, die ganze Produktion eines industriell entwickelten Landes lahmzulegen, um einen starken Druck auf die Gesellschaft ausüben zu können. Der Stillstand nur der Großbetriebe würde dazu ausreichen. In Deutschland besorgen die Großbetriebe (mit mehr als 100 Beschäftigten) über die Hälfte der gesamten Produktion. Diese stillzulegen, wäre bereits durchzuführen, wenn noch keine 40 Prozent der Arbeiter in den Ausstand träten. Das mag etwas für sich haben. Die Frage ist nur, ob mit einem „starken Druck auf die Gesellschaft“ auch der Erfolg des Generalfstreiks schon garantiert, sein Zweck schon erreicht ist?

Es wird mit großer Vorliebe auf die jetzige Bewegung in Rußland hingewiesen. Kautsky redet von dem „großartigen“ russischen Beispiel. Frau Roland-Holst führt aus, die russische Streikbewegung werde in manchen Zügen das Muster jeder künftigen proletarischen Revolution sein. Ja, der Genosse Diebmecht-Berlin ging kürzlich so weit, daß er eine Propagandarede für den Generalfstreik mit der pathetischen Aufforderung schloß: „Zeigen wir uns unserer russischen Brüder würdig!“

Demgegenüber muß zunächst, trotz aller Hochachtung vor den russischen Freiheitskämpfern, doch wohl gesagt werden, daß ein Urteil über ihre Taktik im gegenwärtigen Augenblick ganz unmöglich schon gefällt werden kann. Erst muß der Erfolg abgewartet werden, vielleicht fällt das Urteil dann ganz anders aus. Aber abgesehen hiervon, wird niemand bestreiten, daß es sich in Rußland um mehr als eine Streikbewegung, daß es sich um die Revolution handelt.

So kommt auch in den ganzen Abhandlungen des vorliegenden Buches immer wieder zum Durchbruch, daß der politische Massenstreik mehr oder weniger gleichbedeutend ist mit der Revolution. Es handelt sich um die „schärfste Waffe“ in den bevorstehenden großen Entscheidungskämpfen, wie Kautsky im Vorwort richtig ausgesprochen hat. Nicht um ein Mittel, das man gelegentlich wiederholt zur Anwendung bringen kann, wenn es der Arbeiterschaft nötig und nützlich erscheint, sondern das eine, wenigstens

vorläufige, Entscheidung bringen muß. Das beweisen schon die Beispiele von Holland und Belgien. Von Belgien sagt die Verfasserin mit Bezug auf den zweiten Streikversuch, der völlig mißglückte: „Deutlich aber war, daß die bürgerliche Gesellschaft, nun sie den politischen Streik kannte (!), nicht mehr bei seinem Herannahen die Flucht ergriff, sondern sich mit allen Unterdrückungsmitteln, über die der kapitalistische Staat verfügt, zur Wehr setzte. Und das ohne Angst und in dem Bewußtsein, daß diese Unterdrückungsmittel bei den augenblicklichen Machtverhältnissen zwischen den Klassen wohl imstande sind, dem Ausscharrungsvermögen des Proletariats im politischen Streik die Spitze zu bieten.“

Diese Erfahrung hindert die Verfasserin allerdings nicht, wenige Seiten später über die Aussichten eines zweiten Streikversuchs in — Italien in folgenden hohen Tönen zu urteilen: „Der (erste) Streik war eine Mahnung an die bürgerlichen Klassen, denn er zeigte ihnen ihre Abhängigkeit vom Proletariat, er war zudem eine Drohung, welches Leiden und Verderben dies Proletariat der ganzen Gesellschaft bereiten könne, wenn die Machthaber ihm durch Angriffe auf seine Rechte oder sein Leben die Wiederholung einer solchen Tat der Empörung aufdrängen würden.“ Warum soll man annehmen, daß die bürgerliche Gesellschaft in Italien vor dieser Drohung „die Flucht ergreifen“ werde, da es von der belgischen auf Grund der praktischen Erfahrung so entschieden bestritten wird? (Schluß folgt.)

Neue Gewerkschaftsliteratur.

(Fortsetzung.)

Die zweite wichtige Publikation in diesem Jahre ist das „Protokoll der Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Gln a. Rh. vom 22. bis 27. Mai 1905.“ Wir möchten allen Mitgliedern dringend empfehlen, sich dieses Protokoll anzuschaffen. Es orientiert am besten über die Gln a. Rh. Verhandlungen, über die ja in der Partei- und Gewerkschafts- presse so eingehend diskutiert worden ist. Das Protokoll ist am besten durch das örtliche Gewerkschaftsstell zu beziehen, die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten es da zum Vorzugspreis von 25 Pf., im Buchhandel kostet es 1 Mk. pro Exemplar.

Den früheren Gewerkschaftskongressprotokollen gegenüber zeichnet sich dieses Protokoll durch größere Übersichtlichkeit aus. Die Ausstattung desselben läßt diesmal aber vieles zu wünschen übrig.

Dem Kongressprotokoll ist das Protokoll der Verhandlungen der ersten Konferenz der Arbeitersekretäre, abgehalten zu Gln a. Rh. am 29. und 30. Mai dieses Jahres, beigelegt.

Eine angenehme Überraschung bereitete die Generalkommission dem Gewerkschaftskongress und überhaupt den Gewerkschaftsmitgliedern mit der Herausgabe der Schrift „Die deutschen Gewerkschaften 1891 bis 1904.“ Bearbeitet von Louis Brunner. Gewidmet dem fünften Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.“ Brunner, der seit Jahren an der Bearbeitung der Statistik über die Gewerkschaften Deutschlands tätig ist, zeigt uns hier durch acht farbige Tafeln und vier statistische Tabellen die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nach Mitgliederzahl, Prozentverhältnis der Organisierten zu den Berufsangehörigen und Vergleich der einzelnen Industrie- und Berufsgruppen nach ihren Einnahmen, Ausgaben und Rassenbeständen und die Entwicklung ihrer Aufwendungen für Unterstützungs-, Kampfes- und Bildungszwecke. In plastischer wirksamer Weise ist hier der bedeutsame Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisationen zur Darstellung gebracht. Es wird aber auch demonstriert, wie vieles uns noch zu tun übrig bleibt, ehe wir mit den Organisationsergebnissen recht zufrieden sein können. Siehen doch mehr denn 80 Prozent der deutschen Arbeiter jetzt noch außerhalb der gewerkschaftlichen Zentralverbände. Die Schrift, ein kleines Meisterwerk der Statistik, wird an die Mitglieder der Gewerkschaften zum Vorzugspreis von 50 Pf. abgegeben, im Buchhandel kostet dieselbe 1,50 Mk. Möchten alle Gewerkschafter von dieser Schrift Gebrauch machen und recht viel daraus lernen.

Der „Bericht der Zentralkommission für Bauarbeitererschutz für 1903 bis 1904.“ liegt in einem stattlichen Bändchen von 260 Seiten vor. Er enthält ein wertvolles Tatsachenmaterial über den gegenwärtigen Stand der Unfall- und Krankenstatistik der Bauarbeiterschaft und der Bauarbeitersechutzgesetzgebung. Um dem praktischen Bauarbeitersechutz Geltung zu verschaffen und die Behörden an ihre soziale Pflicht zu mahnen, hat die Zentralkommission mit Hilfe der 203 in Deutschland bestehenden Lokalkommissionen für Bauarbeitersechutz im Winter 1903/04 und im Sommer 1904 umfangreiche Erhebungen auf den Bauten angestellt zur Feststellung bestehender Mißstände und zur Kontrolle über Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sind in dem Bericht niedergelegt. Er zeigt uns so recht, wie vieles noch zu bessern ist, ehe wir auch nur den bescheidensten Wünschen auf Schutz der Bauarbeiterschaft Geltung verschafft haben. Im Anschluß an die beiden Erhebungen folgt eine tabellarische Zusammenstellung der Unfälle in den zehn Jahren 1893 bis 1902 nach dem ursächlichen Zusammenhange. In diesem Zeitraum sind im Baugewerbe 94610 entschädigte Unfälle amtlich festgestellt worden. Weiter ist die Petitionsbewegung der Arbeiter für den Bauarbeitersechutz und die der Unternehmer gegen denselben gewürdigt, ferner wird im Anschluß daran über die Behandlung der Bauarbeiterfrage im Reichstag wie in den Landesparlamenten des ausführlichen berichtet. Zum Schluß wird eine Anleitung zur ersten Hilfe bei Unfällen und Verhütung von Krankheiten der Bauarbeiter gegeben. Wir begrüßen diesen Anhang mit Freuden, soweit

er Anleitung über die erste Hilfe bei Unfällenfällen bringt, wir haben auch nichts dagegen einzuwenden, wenn eine Warnung vor dem Alkoholgenuß beigelegt wird, da der Alkohol oft genug den Arbeiter an Geist und Körper schädigt, bei Unfällen eine verhängnisvolle Rolle spielt und ein Feind der Gewerkschaftsbewegung ist. Nicht aber können wir es billigen, wenn die Bauarbeitersechutzkommission in ihrem Bericht sogar Rezepte gegen Krankheiten aller Art, unter anderem auch gegen Geschlechtskrankheiten zum besten gibt. Die Bauarbeitersechutzkommission ist doch keine Medizinalbehörde und auch keine Kurpfuscherei, sie sollte sich deshalb guter Rat schläge gegen geschlechtliche Aufregungen usw. enthalten.

Im übrigen zeigt der Bericht der Bauarbeitersechutzkommission, daß man dabei des Guten auch leicht zu viel tun kann. Wer soll denn so umfangreiche Schriften lesen? Es dürfte sich dringend empfehlen, den Bericht künftig kürzer zu fassen, in Rücksicht auf die mit Lektüre und Organisationsarbeiten ohnedies überanstrengten Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsmitglieder, und auch in Rücksicht auf die Unkosten, die solch umfangreiche Druckschriften nun einmal verursachen.

Die Mahnung, sich in der Berichterstattung etwas mehr Beschränkung aufzuerlegen, auch in Rücksicht auf die Kosten, wäre übrigens nicht nur an die Bauarbeitersechutzkommission zu richten; die Gewerkschaftsstell und Arbeitersekretariate legen heutzutage ebenfalls viel zu viel Wert auf die Herausgabe umfangreicher und kostspieliger Jahresberichte. Wir müssen betonen, daß diese Literatur in ihrem Umfange einem Bedürfnis entspricht. Weniger wäre hier unter allen Umständen mehr. Berichte in diesem Umfange kann heutzutage ein organisierter Arbeiter nicht lesen, und ein Bericht, der nicht gelesen wird, hat seinen Zweck verfehlt. Im Interesse der Sache, vor allem zur Herbeiführung größerer Schulung der Gewerkschaftsmitglieder, müssen wir deshalb fordern, daß diese Berichte bedeutend eingeschränkt und in flüssigere Form gebracht werden, um auch jedem Gewerkschaftsmitgliede die Möglichkeit zu einer Lektüre desselben zu geben und das Interesse zum Lesen der gewerkschaftlichen Literatur bei allen zu erhöhen. So wie es jetzt gehandhabt wird, kann es nicht weitergehen, daß von den genannten Instituten und Körperschaften eine fortgesetzte Überbietung in dem Umfange und in der Ausstattung der Berichte stattfindet, so daß einzelne dieser Berichte bereits den Umfang einer Bibel anzunehmen drohen.

Die Sache hat auch noch eine für die Gewerkschaften sehr ernste Seite. Alle diese durch so umfangreiche Publikationen entstehenden Unkosten fallen ausschließlich zu Lasten der Gewerkschaften. Dadurch ist aber jetzt schon eine bedeutende Belastung der Gewerkschaften eingetreten für Zwecke, die doch eigentlich nur nebenher laufen sollten. Die Gewerkschaften werden heute belastet durch die Generalkommission, die Bauarbeitersechutzkommission, die Kommission zur Beseitigung des Rost- und Logiswanges, die Arbeitersekretariate, die Gewerkschaftsstell, die örtlichen Bauarbeitersechutzkommissionen, Kommissionen zur Beseitigung des Rost- und Logiswanges; daneben laufen dann noch alle möglichen Bestrebungen, wie Schaffung und Unterhaltung von Gewerkschaftshäusern und anderen genossenschaftlichen Institutionen. Alle diese Institute und Körperschaften, über deren Zweckmäßigkeit wir heute gar kein Urteil abgeben wollen, belasten die Gewerkschaften ganz bedeutend, und es macht sich sogar von Jahr zu Jahr eine Steigerung dieser Lasten bemerkbar. Und während die Gewerkschaften in Rücksicht auf die erheblichen Kosten sich in ihrem Schriftwesen der weitgehenden Beschränkung befleißigen, vor allen Dingen von der Herausgabe der Jahresberichte zumeist absehen, lassen sich die von den Gewerkschaften unterhaltenen Institute durch die hohen Kosten durchaus nicht abhalten, über ihre Tätigkeit in der breitesten Weise zu berichten. Dabei wäre die Berichterstattung der Gewerkschaften doch in erster Linie geboten; auf die Tätigkeit der Gewerkschaften kommt es doch in erster Linie an; die Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsstell usw. berichten doch nur Nebenarbeiten. Es ist nun bedenklich, wenn letztere Körperchaften in gewissermaßen immer aus dem Rollen schäpjen, wo die Gewerkschaften aus Sparmaßregeln sich manchmal das Notwendigste verlagern. Man mißverstehe uns nun nicht; wir wenden uns nicht gegen die schriftliche Berichterstattung dieser Institute überhaupt, wir reden nur einer Einschränkung der Berichte das Wort. Auch soll diese Kritik nicht die Generalkommission treffen, die hält sich mit ihren Schriften wirklich immer in bescheidenen Grenzen.

Eine wichtige Neuerung hat der Metallarbeiterverband eingeführt. Er gibt seit zwei Jahren für seine Mitglieder ein Fahr- und Handbuch heraus, in dem die ganze Tätigkeit des Verbandes, die Lohnbewegung, Tarifbewegung, das Rassen- und Unterstützungswesen, die Mitgliederbewegung, die Agitation, Konferenzen usw. gewürdigt werden. Ein solches Jahrbuch entspricht einem dringenden Bedürfnis, und auch der Holzarbeiterverband würde gut daran tun, ein solches herauszugeben. Die Verwaltungsarbeit und Agitation würde dadurch um vieles erleichtert werden, und auch den Mitgliedern wäre eine bessere Möglichkeit geboten, einen tieferen Einblick in die Tätigkeit des Verbandes zu gewinnen.

Neben diesem Jahrbuch müßte nach unserer Auffassung noch ein kurz gefaßter, agitatorisch gehaltener Jahresbericht von höchstens 20 bis 30 Seiten Umfang herausgegeben und allen Mitgliedern gratis verabfolgt werden, der ein leicht verständliches Bild von der gewaltigen Arbeit, der Entwicklung und den Erfolgen des Verbandes gäbe; das würde unsere Agitation ungemein fördern. Und nach unserer Überzeugung wird von den Gewerkschaften und im speziellen von unserem Verband für die Agitation lange nicht genügend getan. Was nutzen uns aber die schönsten Erfolge, wenn unsere Mitglieder und weiter auch die uns fernstehenden Kollegen nicht immer wieder darauf gestoßen werden.

Unser Verband hat übrigens im letzten Vierteljahr zwei recht gute Agitationschriften herausgebracht; auch die Protokolle über die verschiedenen im Laufe des Jahres stattgefundenen Branchenkonferenzen dürften zur Agitation sehr viel Nutzen bringen; das genügt aber noch nicht. Wir brauchen mehr Agitationsmaterial, in dem namentlich die Gesamttätigkeit des Verbandes mehr gewürdigt wird.

1 Berlin. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien).
2 Berlin 1905. Verlag der Generalkommission.
3 Verlag: S. Efftinge in Hamburg.

1 „An die Pantinen- und Holzschuhmacher!“ und „Mahnruf an alle in der Wärfen- und Pinselindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Mehr als bisher muß auch auf organisatorische Durchbildung der Mitglieder hingewirkt werden. Der Holzarbeiterverband hat ja im Jahre 1900 einen „Leitfaden“ herausgegeben, der den Mitgliedern die Möglichkeit bietet, sich in den verschiedenen statutarischen und reglementären Bestimmungen bei allen Verwaltungsgelegenheiten schnell zu orientieren, und namentlich den Verwaltungsmitgliedern so die Geschäfte zu erleichtern. Der Zimmererverband hat diesen Gedanken aufgegriffen und seinerseits „Praktische Winke“ herausgegeben, die sich in vieler Hinsicht an unseren „Leitfaden“ anlehnen, außerdem aber eine Würdigung des Gewerkschaftswesens überhaupt bringen. Dadurch sind die „Praktischen Winke“ (verfaßt von August Bringmann), die bereits in zweiter verbeffelter und vermehrter Auflage vorliegen, zu einem Lehrbuch der Gewerkschaften im besten Sinne geworden. Besser würden die „Praktischen Winke“ ihrem Zwecke noch entsprechen, wenn sie, wie unser „Leitfaden“, ein alphabetisches Sachregister enthalten würden. Beiläufig sei hier mitgeteilt, daß eine zweite Auflage unseres lange schon vergriffenen „Leitfadens“ vom Verbandsvorstand vorbereitet wird.

Neben dem Zimmererverband legt auch der Maurerverband auf sein Schriftwesen großen Wert. Wir erwähnen von den im letzten Jahre von dieser Organisation herausgegebenen Schriften nur die „Statistik über Lohnhöhe und Arbeitszeit im Jahre 1904; über Lohnbewegungen und Streiks in den Jahren 1903 und 1904; über die im Jahre 1904 bestehenden Tarifverträge.“ Von anderen beachtenswerten gewerkschaftlichen Publikationen sind noch anzuführen „Der Crimmitzschauer Kampf um den Nehtfundentag“, eine Schrift, die gerade jetzt, angesichts des großen Kampfes in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie, besonders aktuell; ferner „Die Not der Arbeiter und ihr Streik in den Farbenfabriken vormals Fr. Bayer & Co., Abteilung Leverkusen“, „Denkschrift über die Arbeitsverhältnisse auf den Kaiserlichen Werften zu Danzig, Kiel und Wilhelmshaven, sowie in der Kaiserlichen Torpedowerkstatt Friedrichsort“ und schließlich „Fünfter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands 1905, den Delegierten gewidmet von den Öbner Gewerkschaften“.

Damit wollen wir die Literatur der Gewerkschaften verlassen — auf die zahlreichen Protokolle und Berichte einzugehen, erlaubt der Raum der Zeitung nicht — und wollen zum Schluß nur noch einiges über die neuere Literatur über das Gewerkschaftswesen sagen. (Schluß folgt.)

Der Zweiundzwanzigste deutsche Tischlertag.

Cassel, 6. bis 8. August 1905.

Am 6. August wurde hier der Zweiundzwanzigste deutsche Tischlertag mit einem gemeinschaftlichen Ausfluge mit Damen nach Wilhelmshöhe eröffnet. Aus allen Teilen des Reiches waren die Tischlerinnungsgrößen herbeigeeilt, Herr Schöning-Berlin trat diesmal ganz in den Hintergrund, ansetzend hatte er sich von der Braunschweiger Tagung noch nicht erholt. An seiner Stelle führte denn auch Tischlermeister Nicht-Berlin das Präsidentenzepter.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen erst am 7. August. Die Staatsbehörden hatten auch diesmal wieder die Einladungen zum Besuch der Tagung abgelehnt. Reisen und andere dringende Geschäfte hielten die Vertreter der Staatsregierung und des Landratsamtes ab, den Beratungen beizuwohnen, dafür erfreute der Magistrat die Herren Tischlermeister durch eine Ansprache.

Als erster bestieg Herr Pauli-Potsdam die Rednertribüne. Er hielt seinen bekannten Vortrag über „Die soziale Gesetzgebung“. Natürlich kann es für ihn unmöglich zu weiter gehen mit der Arbeiterchutzgesetzgebung; die Handwerker können die Lasten nicht mehr tragen. Insbesondere wittete Herr Pauli gegen die geplanten Arbeiterkammern, kam nochmals auf die Unfallversicherung und die Rentenversicherung der Arbeiter zu sprechen und erörterte die Unmöglichkeit eines Normalarbeitstags. Doch das sind wir ja von Herrn Pauli nicht anders gewöhnt, und wir können uns deshalb ein Eingehen auf seine „ollen Kamellen“ erlauben.

Nach ihm sprach Herr Hahardt über die von der Handwerkskammer in Aussicht genommenen praktischen Meisterkurse. Er empfahl, gegen dieselben Stellung zu nehmen, und seiner Meinung pflichtete der größte Teil der Redner in der ausgedehnten Diskussion bei. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Zweiundzwanzigste deutsche Tischlertag zu Cassel kann in der Errichtung und Unterstützung von praktischen Meisterkursen im Tischlergewerbe einen Nutzen nicht erblicken, da die Praxis nur in der Werkstatt zu erwerben ist. Dagegen muß seitens der Regierung sowie der Handwerkskammern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin gewirkt werden, daß dem angehenden Meister im Tischlergewerbe Gelegenheit gegeben wird, sich in der einfachen Buchführung, Fachrechnen, Fachzeichnen und Kalkulation zu vervollkommen, da nicht mangelhafte praktische Fähigkeit die Ursache des Niederganges in unserem Gewerbe ist, sondern die betrübende Tatsache, daß einem großen Teile der Tischlermeister die Grundlage des theoretischen Wissens abgeht.“

In etwas drastischer Weise sprach weiter Herr Sebastian-Steglich über den „Schutz der Forderungen der Bauhandwerker“. Sein Vortrag gipfelte in der Forderung: „Sicherung des Vorrechtes der Forderungen der Handwerker und Lieferanten vor der Hypothek bei jedem Bau“. Die Verhandlungen über diesen Punkt endeten mit der Annahme eines Antrags, der den Zentralvorstand beauftragt, die Reichsregierung zu ersuchen, daß nun endlich bald ein Gesetz erlassen wird zur Sicherstellung der Handwerker bei Bauten.“

Herr Franken-Cresfeld sprach hierauf wieder einmal über Verbesserung des Submissionswesens. Seine Ausführungen sind in folgender Resolution zusammengefaßt, die zur Annahme gelangte und die unseres Wissens eine würdliche Wiedergabe der im vorigen Jahre von Herrn Franken bereits zur Annahme empfohlenen Resolution über diesen Gegenstand ist:

„Der Zweiundzwanzigste deutsche Tischlertag beschließt: a. Die angeschlossenen Bundesinnungen sollen allerorts motivierte Eingaben an die Handelskammern und an die staatlichen und Kommunalverwaltungen richten, in denen um Erlaß von Submissionsordnungen ersucht wird, durch welche die jetzt bestehenden Mißstände im Submissionswesen zunächst unmöglich gemacht werden. Als eine solche Eingabe kann die des Cresfelder Innungsausschusses zum Vorbild genommen werden. Desgleichen sollen die Bundesinnungen bei allen Submissionen ein wachsameres Auge auf die Konkurrenz der Gefangenenanstalten und Gefängnisarbeiten haben und in allen Fällen, wo diese Anstalten sich an Submissionen beteiligen, den Handwerkerkammern Mitteilung machen und auch in der Presse dagegen Stellung nehmen.“

b. In Anbetracht, daß Tischlereibetriebe ziemlich hohe Geschäftsunkosten haben, die Submissionsergebnisse meistens voneinander abweichende, oft sogar solche sind, daß die Arbeiten, die ordnungsmäßig ausgeführt, nur verlustbringend wirken können, beschließt der Zweiundzwanzigste deutsche Tischlertag, alle angeschlossenen Innungen sollen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Berechnungen der Geschäftsunkosten ausarbeiten und den Mitgliedern, den Verwaltungen und der Kundschaft zutommen lassen.

c. In Anbetracht, daß in fast allen Städten die Holzhandlery ihre Händler an Privatleute zu den gleichen Preisen, oft sogar noch billiger verkaufen als an die Tischler, beschließt der Tischlertag, die angeschlossenen Innungen sollen überall bei den Holzhandlern vorstellig werden, daß den Tischlern den Privatleuten gegenüber Vorzugspreise von mindestens 10 Prozent eingeräumt werden müssen, wie solches in vielen anderen Branchen schon stets Brauch ist.“

Sehr eingehend wurde diesmal über das Handwerker-gesetz, insbesondere den Schutz des Meistertitels, die Heranziehung der Großbetriebe zu den Kosten der Innungen und den Befähigungsnachweis diskutiert. Bemerkenswert aus dieser Debatte ist nur, daß Herr Hahardt erklärte, er halte „den Befähigungsnachweis nicht mehr für durchführbar, denn man könne die Entwicklung der Verhältnisse nicht mehr zurück-schrauben“. Es wurde eine Kommission, bestehend aus den Herren Fischer-Weipzig, Fobbe-Öbner, Holz-Gelsenkirch, Hinz-Kiel, Pauli-Potsdam, Hahardt-Berlin und Kessel-Dresden, eingesetzt, welche sich mit der Frage des Befähigungsnachweises befassen und einen bestimmten Vorschlag ausarbeiten soll. Angenommen wurde ferner eine Resolution:

„Der Tischlertag erklärt es unbedingt für erforderlich, daß seitens der Regierung eine klare Bestimmung über den Begriff Fabrik oder Handwerk respektive Zugehörigkeit zu denselben erlassen werde. Als untrügliches Merkmal, ob ein Geschäftsbetrieb als ein Fabrikbetrieb oder ein handwerksmäßiger anzusehen sei, könne nur in Frage kommen, ob in demselben handwerksmäßig ausgebildete Gehilfen beschäftigt und ob diese fertige Arbeiten oder Halbfabrikate herstellen. Ob in den Betrieben Maschinen vorhanden sind oder nicht, kann nicht in Betracht gezogen werden, da heute fast alle Tischlerwerkstätten maschinell eingerichtet sind. Werden handwerksmäßig ausgebildete Gehilfen beschäftigt und fertigen diese die von den Maschinen vorgearbeiteten Teile zur Ablieferung, so ist dieses ein handwerksmäßiger Betrieb. In allen Streitfällen sollen die Handwerkerkammern gutachtlich geurteilt werden. In diesem Sinne soll eine Eingabe an die Ministerien des Innern und für Handel und Gewerbe mit dem Ersuchen gerichtet werden, einen diesbezüglichen Erlaß dementsprechend abzuändern respektive zu ergänzen. Auch soll an sämtliche Handwerkskammern eine gleiche Eingabe versandt werden.“

„Der Betrieblich-ber einer Fabrik soll verpflichtet sein, zur Vertragsleistung und zur seitens der Handwerkerinnungen geschaffenen und unterhaltenen Wohlfahrts-einrichtungen des Handwerks, nach Maßgabe der Zahl der in seinem Betrieb beschäftigten, handwerksmäßig ausgebildeten Arbeiter, beizutragen.“

Herr Fobbe-Öbner sprach sodann über die Mittelstandsbewegung. Er erläuterte das Programm der im Oktober vorigen Jahres in Hannover gegründeten Mittelstandsbewegung, deren Leiter bekanntlich Herr Hahardt ist. Die Bewegung soll bekanntlich, ähnlich wie es der Bund der Landwirte für die Algarier tut, die Interessen des Mittelstandes, der kleinen Beamten, Handwerker, Kaufleute usw. fördern. Daß es sich hierbei um eine reaktionäre Parteigründung handelt, beweist das Eintreten der Bewegung für den Junkerandidat bei der Sammler Reichstagswahl. Herr Fobbe empfahl in Cassel eine rege Agitation und Gründung von Ortsverbänden der Mittelstandsbewegung, ebenso Herr Hahardt und Herr Nicht. Zu diesem Punkte gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Der Zweiundzwanzigste deutsche Tischlertag zu Cassel erblickt in der deutschen Mittelstandsbewegung das einzige wirksame Mittel, den berechtigten Forderungen des Handwerkes Nachdruck zu verleihen. Die anwesenden Vertreter erklären sich mit den Bestrebungen der Mittelstandsbewegung einverstanden und empfehlen allen Tischlermeistern den Anschluß an dieselbe, da nur durch engeren Zusammenschluß aller Mittelstandsguppen des Deutschen Reiches eine wirksame Vertretung des Mittelstandes erreicht werden kann. Der Tischlertag delegiert seinen Vorsitzenden als Mitglied des Zentralvorstandes der Mittelstandsbewegung und bewilligt einen jährlichen Beitrag von 600 Mk.“

Natürlich fehlte es auch nicht an arbeiterfeindlichen Kundgebungen. Herr Walldorf-Berlin, der Sekretär des „Bundes deutscher Tischlerinnungen“, berichtete über die Abänderung der §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung. Diese Angelegenheit hat den deutschen Tischlertag schon im vorigen Jahre in Braunschweig beschäftigt, es wurde dort eine Petition an die gesetzgebenden Körperschaften, Bundesrat und Reichstag, beschlossen, in welcher die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß dieselben den Wünschen der Handwerker endlich entgegenkommen möchten. Es handelt sich dabei um 1. a. Schutz der Arbeitgeber gegen frivole

Schädigung durch Arbeitseinstellungen und Betriebsperren seitens der Arbeiterorganisationen, 1. b. Schutz der Arbeitswilligen, ferner 2. Verpflichtung der Berufsvereine und Verbände zum Ersatz des Schadens, welcher bei Gelegenheit oder aus Anlaß von Ausständen und Sperren durch ihre Beamten, Beauftragten und Mitglieder beziehungsweise durch von ihnen gestellte Streikposten verursacht worden ist, 3. Verbot des Streikpostenstehens und 4. Bestrafung des Kontraktbruches. Der Reichstag ist über diese Petition nun zur Tagesordnung übergegangen. Mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit dieser Angelegenheit für das Wohl und Wehe des Handwerkes“ befristet Redner deshalb, „die Versammlung möge das gesammelte Material dem Vorstand überweisen mit dem Auftrage, dieses als Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften abzusenden und dem nächsten Tischlertag darüber Bericht zu erstatten“. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Im übrigen kamen eine ganze Reihe alter Ladenhüter deutscher Tischlertage aufs Tapet. Unter anderem hielt auch Herr Fobbe nochmals seinen Vortrag über Errichtung von Kammern für Handwerkerfragen.

Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß dem Bunde zurzeit 106 Innungen mit circa 9650 Mitgliedern angehören. Der Rassenbericht konstatiert eine günstige Finanzlage. Herr Schöning wurde für seine Verdienste um den „Bund“ zum Ehrenmitglied desselben ernannt.

Natürlich war auch diesmal das Festprogramm sehr reichhaltig.

Außerordentlich kleinlich erwies sich der Tischlertag, indem er dem Berichterstatter unseres Casseler Parteiblattes den Zutritt zur Tagung verwehrte, angeblich weil dieses die Führer der Tischlerinnungsbewegung durch eine Notiz beleidigt habe. Die Herren sollten von Braunschweig her wissen, daß man sich durch solche Maßregelungen nur blamiert.

Im Anschluß an den Tischlertag fand die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes statt, von der zunächst nur zu berichten ist, daß sie den Düsseldorf-er Tischlerstreik für unberechtigt erklärte. Auch gut!

Die Lage der Nürnberger Bleistiftarbeiter.

In der bayerischen Industriezentrale in Nürnberg, hat auch eine Industrie, die in Deutschland sonst nur noch vereinzelt vorkommt, die Bleistiftindustrie ihren Sitz. Ein noch junger, aber für das Unternehmertum desto profitablerer Industriezweig. Aus kleinen Anfängen heraus entwickelte sich diese Industrie in ganz kurzer Zeit zur Großindustrie. Durch den Fortschritt der Technik im Maschinenwesen und die dadurch entstandene Spezialisierung der Arbeit war es dem Unternehmertum möglich, billig zu produzieren und so die Herrschaft mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt zu erlangen. Nicht zu vergessen dabei ist, daß die Zufriedenheit und Interefflosigkeit der Nürnberger Bleistiftarbeiter zur Verbilligung der Produkte erheblich beigetragen hat. Denn die Nürnberger Bleistiftindustriellen machen sich in der schmutzigsten Weise Konkurrenz und wälzen die Kosten auf die Arbeiter ab. Mit der immer mehr erhöhten Leistungsfähigkeit der Industrie erhöhten sich die Profite gar sehr, so daß es dem Unternehmertum möglich war, für sich märchenhafte Reichtümer aufzuhäufen, während sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen statt verbesserten, zum Teil wesentlich verschlechterten.

Und es ist dies auch leicht begreiflich, denn die Nürnberger Bleistiftarbeiter wollten von einer Organisation nichts wissen, und das Unternehmertum, das ebenso auf seinen Vorteil bedacht ist wie das irgend eines anderen Berufes, hatte leichtes Spiel, es konnte die Arbeiter ausbeuten, wie es ihm beliebte. Um diese Ausbeutung möglichst intensiv zu gestalten, klügelten die Herren die raffiniertesten Akkordsysteme aus. Man findet hier fast in allen Betrieben ein sogenanntes Kolonnenakkordsystem, bei dem die Arbeiter ihre Kräfte auf das äußerste anspannen müssen, um nur einigermaßen das zum Leben Notwendige zu verdienen. Und dabei zeitigt dieses System die schändlichsten Auswüchse, hier hat das Unternehmertum das Mittel, einen Keil zwischen die Arbeiter hineinzutreiben, hier drückt das Unternehmertum den Arbeiter zum Antreiber seiner Nebenarbeiter herab. Es spart hier die Antreiberkraft und hat zugleich die Gewähr, daß die höchst erreichbare Arbeitsleistung erzielt wird.

Die Arbeitszeit in der Nürnberger Bleistiftindustrie beträgt 60 bis 61 Stunden pro Woche. Da diese Industrie das ganze Jahr hindurch gut beschäftigt ist, werden fast immer Überstunden gemacht, so daß sich die Arbeitszeit oft bis nachts 10 oder 11 Uhr ausdehnt. Ja es kommt vor, daß in manchen Betrieben 84 ja selbst 96 Stunden pro Woche gearbeitet wird, wobei ein Verdienst von im günstigsten Falle 28 Mk. pro Woche erzielt wird. Vor einigen Wochen ist nun die größte Firma am Orte, J. Faber N.-G., daran gegangen, die Arbeitszeit auf 58 Stunden pro Woche herabzusetzen. Aber auch dieses ist nur der in letzter Zeit sich immer mehr und mehr geltend machenden Organisation zuzuschreiben. Denn seit die Leimer mit der Firma Differenzen hatten, die von seiten der Organisation geschlichtet wurden, scheint die Firma humanere Saiten aufgezogen zu haben.

Die Löhne der Bleistiftarbeiter sind wohl die schlechtesten am Orte. Der Durchschnittslohn eines erwachsenen männlichen Bleistiftarbeiters beträgt nicht über 14 Mk. wöchentlich, während für weibliche die Hälfte oder auch noch weniger bezahlt wird. Dabei ist die Arbeit in der Bleistiftindustrie nicht die gesundeste, denn die intensive Arbeitsweise, die bei dem oben angeführten Akkordsystem üblich ist, braucht die Kräfte der Arbeiter in kurzer Zeit auf, und die Folgen sind eine Reihe Krankheiten, die die Arbeiter in kurzer Zeit hinwegraffen, oder es ihnen unmöglich machen, in ihrem Beruf weiterzuarbeiten. Human, wie das Unternehmertum ist, beschäftigt es auch derartig kranke Leute, selbstverständlich dann um den Hungerlohn von 11 bis 12 Mk. pro Woche.

Ein weiterer Mißstand in der Bleistiftindustrie sind die sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen, mit denen das Unternehmertum die Arbeiter ködert, sich billige und willige Arbeitskräfte schafft. Fast in allen Betrieben findet man Unterstützungskassen, Pensionskassen usw. In Wirklichkeit ist diese Humanität nur für die Öffentlichkeit bestimmt, denn im großen und ganzen prägen die Arbeiter verflucht wenig davon. Im Gegenteil, die Herren Kommerzienräte,

¹ Berlin. Verlag von C. Hübsch, Andreasstraße 61. Preis 50 Pf.

² Im Auftrag der am Streik 1904 beteiligten Organisationen. Von Heinrich Brand, Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Preis 25 Pf.

³ Im Auftrag der beteiligten Gewerkschaften herausgegeben von Wilhelm Gottlufen. Hamburg 1905.

⁴ Köln 1905. Druck und Verlag der „Rheinischen Zeitung“.

Grafen usw., die sich aus der Arbeitskraft der Arbeiter ihre Millionen herausgequetscht haben, sind damit noch nicht zufrieden und suchen unter dem Deckmantel „Humanität“ noch mehr herauszuholen. Hier ein Beispiel: Der „christliche“ Kommerzienrat und Bleistiftfabrikant, Herr Schwannhauer, hat einem alten, bei der Firma 43 Jahre beschäftigten Arbeiter, der einen Wochenlohn von sage und schreibe 15 Mk. bezog, als er Altersrente erhielt 1,50 Mk. von dem horrenden Lohn abgezogen. Gewiss echt christlich.

Wie sich die Herren mit ihren Produkten Konkurrenz machen, ebenso mit dem Artikel Humanität. Ein Teil der Arbeiter fällt aber auf diesen Wohlfahrtschwandel hinein, und das Unternehmertum lacht sich ins Fäustchen. So tragen die Bleistiftarbeiter an den traurigen Verhältnissen einen großen Teil selbst die Schuld. Doch scheint es nun allmählich auch in den Köpfen der Bleistiftarbeiter zu dämmern. Die Sektionsleitung, die in dem letzten Halbjahr eine rege Agitation entfaltet, hat sehr gute Erfolge erzielt. Sind doch über 300 Neuaufnahmen gemacht worden.

Es wäre zu wünschen, daß die Bleistiftarbeiter und Arbeiterinnen einmal zur Einsicht ihrer traurigen Lage kommen würden, deren Verbesserung nur allein Aufgabe der Organisation sein kann. Noch würde, wenn die Bleistiftarbeiter eine stramme Organisation hätten, Verbesserung ihrer Lage möglich sein, da das Unternehmertum sich gegenseitig bekämpft. Wesentlich schwerer wird es aber sein, wenn wir einem vereinigten Unternehmertum gegenüberstehen, das seine Aufgabe darin erblickt, das Aufwärtstreben der Arbeiter niederzuhalten.

Wir verkennen es ja keineswegs, daß unter den heutigen Lohnverhältnissen der Bleistiftarbeiter es schwer ist, die Beiträge für ihre Organisation zu leisten. Aber es müssen, wenn an den traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zum Bessern etwas geändert werden soll, die Bleistiftarbeiter zur Einsicht kommen, daß dies nur durch entsprechend hohe Beiträge geschehen kann. Freilich wird der nächste Verbandstag nicht umhin können, sich mit der Frage auf Einführung klassifizierter Beiträge zu beschäftigen. Denn eine weitere Steigerung der Beiträge würden die Lohnverhältnisse der Bleistiftarbeiter schwerlich vertragen. Und es kann doch auch nicht im Wesen einer Organisation liegen, sich durch möglichst hohe Beiträge von den minder bezahlten Arbeitern abzusondern, ihnen die Organisation zu erschweren. Dadurch, daß sich die Bleistiftindustrie hauptsächlich auf Nürnberg konzentriert, haben auch die Bleistiftarbeiter nicht den Vorteil von den Unterstützungsanstalten wie die anderen im Holzarbeiterverband organisierten Berufe. Reise- und Umzugsunterstützung kommt für die Bleistiftarbeiter gar nicht in Betracht, und es würde schon dies ein Weg sein, unserem Vorschlag auf Klassenbeiträge näherzutreten. Wir werden uns vorbehalten, bei gegebener Zeit diese Frage noch näher zu diskutieren.

Um die neu beigetretenen Kollegen und Kolleginnen richten wir das Ersuchen, treu zur Organisation zu stehen und dahin zu wirken, daß auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin in der Bleistiftindustrie der Organisation zugeführt werden. Denn nur dann kann mit den ungünstigen Zuständen in unserem Beruf aufgeräumt werden.

Nürnberg.

Fr. B.

Soziales.

Pfäffische Doppelzüngigkeit.

Um zu beweisen, daß die sozialdemokratische Partei keine Arbeiterpartei sei, weist der Münchener „Arbeiter“, Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine Süddeutschlands, unter anderem darauf hin, daß die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtags keinen Arbeiter in ihrer Mitte habe. Sie zähle gegenwärtig sieben Mitglieder, nämlich Wabbesitzer und Pastor Blumhardt, Redakteur Keil, Gemeinderat und wohlbestallter Vorsitzender eines Gewerkschaftsverbandes Kloss, Redakteur Tauscher, Buchverleger und Hildensbrand und die Gastwirte Schäffler und Schlegel. Man ist dem pfäffischen Blatte ja bekannt, daß Keil von Leuz Dredschler, Kloss Tischler, Tauscher und Hildensbrand Buchdrucker, Schäffler Tischler und Klavierarbeiter, und Schlegel Ledearbeiter sind. Es ist ihm bekannt, daß alle diese Genossen ihren früheren Beruf nur deshalb wechselten, weil der Dienst für die Partei und für die Gewerkschaft, also der Dienst für die Arbeiterschaft das erforderlich machte, einmal weil infolge ihrer Tüchtigkeit und ihrer Intelligenz auf Vertrauensposten in der Arbeiterbewegung berufen wurden, andererseits weil sie vom Unternehmertum direkt gemapregelt wurden und nur der Berufswechsel sie vor dem Hunger schützte. Es ist dem pfäffischen Blatte weiter bekannt, daß alle diese Genossen niemals aufgehört haben, Arbeiter zu sein, daß sie mit der Arbeiterschaft denken und fühlen, jederzeit ihr Bestes für die Arbeiterschaft geben. Nichtsdestoweniger bestreitet es jenen Genossen das Recht, sich Arbeiter zu nennen, und sie bestreitet, daß die sozialdemokratische Partei eine Arbeiterpartei sei.

Das ist starker Tabak! Es kommt aber noch schöner! In derselben Nummer des „Arbeiter“, und zwar eine Seite voran, wird in demselben Brüstton der Überzeugung, in dem nachgewiesen wird, daß die sozialdemokratische Partei in Württemberg keine Arbeiterpartei sei, obwohl sie von sieben Abgeordneten sechs dem Arbeiterstand entnommen hat, auseinandergesetzt, daß die Zentrumspartei eine Arbeiterpartei sei, da sie von insgesamt 102 Abgeordneten im bayerischen Landtag auch ganze drei als ehemalige Arbeiter nachweisen kann. Es sind dies die Abgeordneten Arbeitersekretär Schwarz, Arbeitersekretär Oswald und Redakteur Schirmer. Die Liberalen hatten nämlich in derselben Weise, wie der „Arbeiter“ das gegenüber den sechs sozialdemokratischen Abgeordneten der württembergischen Kammer tat, die Arbeiterqualität dieser drei Abgeordneten in Zweifel gezogen. Darauf erwiderte der „Arbeiter“: „Man höre! Herr Abgeordneter Schirmer stand schon lange als Schlosser am Schraubstock, als „man“ vielleicht irgendwo im Preußenland die Schulkammer bevollern half; der Abgeordnete Oswald ist Mittelarbeiter und erst seit zwei Jahren aus der Tätigkeit in der Werkstätte ausgeschieden, und Herr Abgeordneter Schwarz war Ausgeber und zuletzt Expeditionsgehilfe in einem Nürnberger Zeitungsverlag. Das sind denn wohl doch „wirkliche Arbeiter“, von solcher

„Wirklichkeit“ wie eben der „liberale Arbeitervereiner“ nur deren drei hat. Nicht wahr, Herr Doktor?“

Das ist doch ein starkes Stück pfäffischer Doppelzüngigkeit! Wie wird der Herr Kaplan, der dies verbrochen hat, wohl demnächst sich selbst widerlegen, wenn er einmal in einem lichten Augenblick auch den Sozialdemokraten Gerechtigkeit widerfahren läßt, eingedenk des schönen Grundsatzes, daß man nicht anderen zufügen solle, was man nicht wolle, daß es einem selbst zugefügt werde. Dann wird der Herr Kaplan wohl, in heiliger Entrüstung über so viel Unrecht, unter Hinweis auf seine Verteidigung der drei „Arbeiter“= Abgeordneten der bayerischen Zentrumspartei von den sechs sozialdemokratischen Arbeiterabgeordneten des württembergischen Landtags also sagen:

„Man höre! Die Abgeordneten Kloss und Schäffler haben sich lange schon am Krabbock redlich von ihrer Hände Arbeit ernährt, als dem doppelzüngigen Redakteur des katholischen „Arbeiter“ noch mit dem spanischen Röhrchen begreiflich gemacht wurde oder doch werden konnte, daß Verleumdungen und Lügen die verwerflichsten Untugenden eines angehenden guten Christen seien. Der Abgeordnete Schlegel hat schon lange Leder gewalzt und der Abgeordnete Tauscher sich schon lange am Sekstasten sein Stück Brot verdient, noch ehe der katholische „Arbeiter“ genügend Dumme fand, die seine Gemeinheiten gegen die Sozialdemokratie glaubten. Der Abgeordnete Hildensbrand hat lange schon am Sekstasten gearbeitet und der Abgeordnete Keil hat lange schon an der Drehbank seinen Unterhalt gefunden, als der Redakteur des „Arbeiter“ noch in den Anfangsgründen pfäffischer Doppelzüngigkeit unterrichtet wurde.“

In der Doppelzüngigkeit tut es dem „Arbeiter“ jedenfalls so leicht keiner gleich. Denn aus Schwarz Weiß zu machen auf Seite 4 derselben Zeitungsausgabe, in der auf Seite 5 aus Weiß Schwarz gemacht wird, das ist doch gewiß das stärkste Stück pfäffischer Doppelzüngigkeit.

Den Befähigungsnachweis für alle Gewerbe zu fordern, lehnte der in Köln gegenwärtig tagende Handwerks- und Gewerbeamtstag ab. Begründet wurde die Ablehnung damit, daß die Forderung doch nicht durchzuführen sei. Es ist also nicht das Verständnis für die Willkürlichkeit dieser Forderung, das die Delegierten bei der Abstimmung leitete, sondern die Ausichtslosigkeit der Durchsetzung der Forderung. Das geht auch aus der Annahme eines Antrages nach der Abstimmung über den vorhin genannten Gegenstand hervor, indem gegen eine Stimme einem Antrag der Gewerbeamtstag Hamburg und der Handwerkskammer Darmstadt zugestimmt wurde, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, es möge die von der Regierung in Aussicht gestellte Gesetzesvorlage, betreffend den Befähigungsnachweis im Baugewerbe, bald einen ausreichenden Schutz für diese Gewerbe bringen. Ferner wurde ein weiterer Ausbau der Gesetzgebung dahin dringend gefordert, daß der Meistertitel mit größeren Vorrechten ausgestattet werde.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hiermit die Genehmigung erteilt, den angegebenen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. September: Pufum 15 Pf. pro Woche, Rohlau 5 Pf. pro Woche und Guftrin 10 Pf. pro Monat; ab 1. Oktober: Schweidnitz 5 Pf. pro Woche.

Wegen Vergehen gegen die Interessen des Verbandes werden aus dem Verband ausgeschlossen, auf Antrag von der Zahlstelle Amberg der Hilfsarbeiter Johann Wiesnet; von Berlin die Tischler Wilhelm Rothenburg und August Pöllner und der Schmiedearbeiter Gustav Tille; von Braunschweig die Tischler Max Coppe und Robert Lasse; von Bremerhaven der Tischler Georg Schäfer; von Frankfurt a. M. die Schreiner Quatano Montini und Heinrich Seipp; von Fürstentum der Maschinenarbeiter Gustav Lehmann; von Gärth der Schreiner Gottlob Klingel und der Drechsler Heinrich Nuhnke; von Greifswald der Tischler Arnold Schow; von Groß-Lichterfelde der Tischler Wilhelm Anhoff; von Grünstadt der Schreiner Georg Blumlein; von Hlmenau die Tischler August Möhrstedt und Karl Regenhart; von Kellheim der Schreiner Karl Bucher; von Leipzig die Tischler Ernst Bartels und Wilhelm Schmidt; von Romawes-Neuendorf der Tischler August Becker; von Nürnberg der Schreiner Peter Rugler; von Ohligs die Schreiner Gustav Rückels und Johann Werker; von Olsniz der Tischler Emil Wöllner; von Posen die Tischler Hypolit Nowacki und Stefan Pawlicki; von Prießnitz die Maschinenarbeiter Ernst Kühnel und Ernst Schönwälder und der Tischler Gustav Wünsche; von Scheuditz der Drechsler Emil Pofedowsky; von Singen der Schreiner Fridolin Schneider und von Wierßen der Maschinenarbeiter Karl Heubel.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
 79179 Max Arzberger, Tischler, geb. 26. 4. 78 zu Hartenstein.
 127880 Franz Staudy, Tischler, geb. 25. 8. 40 zu Gostyn.
 158054 Ludwig Westensfelder, Tischler, geb. 29. 10. 82 zu Eggenstein.
 205137 Franz Christeleit, Tischler, geb. 16. 9. 81 zu Bachhausen.
 216862 Gg. Friedr. Wilh. Waltherr, Tischler, geb. 14. 1. 82 zu Bernlohe.
 236720 Adolf Göhle, Drechsler, geb. 29. 7. 78 zu Barmen.
 236722 Wilh. Dutter, Tischler, geb. 6. 9. 79 zu Guckarde.
 239043 Felix Wilsch, Tischler, geb. 27. 7. 85 zu Wendischfähre.
 259312 Ernst Köpper, Polierer, geb. 2. 9. 78 zu Dortmund.
 Stuttgart, Adlerstraße 43. **Der Vorstandsvorstand.**

Korrespondenzen.

Balingen (in Württemberg). Die Firma Geisenfelder & Widmann hier sucht in der „Solzarbeiter-“, sowie in der „Korbmacher-Zeitung“ Korbmacher auf Reifelehrer bei hohem Lohn. Was aber die Arbeitsverhältnisse in dieser Werkstätte anbetrifft, da bleibt noch vieles zu wünschen übrig. Die Preise sind so heruntergesetzt, daß sich die Kollegen kaum durchschlagen können. Ohne werden ausbezahlt von 10 bis 18 Mk. in der Woche. Aber nur sehr gute Arbeiter erhalten den höchsten Lohn. Ja, verheiratete Arbeiter müssen mit 13 bis 15 Mk. nach Hause gehen. Auch das Material, das zur Verarbeitung gelangt, ist nicht am besten. Die Kollegen werden deshalb gut tun, sich nicht durch die Versprechung hohen Lohnes verleiten zu lassen, hier Arbeit anzunehmen, sondern soviel wie möglich diese Werkstätte zu meiden. Es wurden einem Arbeiter da sogar die Mundtätigen angedroht. Mögen die Kollegen einmal zur Einsicht kommen, sich der Organisation des Deutschen Holzarbeiterverbandes anzuschließen. Wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen und Organisation Organisation sein lassen; im Gegenteil, wir müssen äußerst rührig auf dem Posten sein. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, nicht eher zu ruhen noch zu rasten, bis der letzte uns jetzt noch fernstehende Kollege in unseren Reihen ist. Den Kollegen muß nun klar sein, daß nur die Organisation es ist, die uns Kraft und Rückhalt bietet, um dem Unternehmertum Einhalt zu tun. Darum auf zur Agitation, zum Kampf, zum Sieg! Nur eine gute Organisation und Einigkeit vermag Vorteile zu erringen und zu erhalten.

Bamberg. In Nr. 37 der „Solzarbeiter-Zeitung“ von 1904 war aus Themar ein gewisser Herr Farnbacher als allzu schneidiger Leiter einer der dortigen Möbelfabriken geschildert. Nun hatten wir seit zirka drei Viertel Jahren in Bamberg Mauer das Glück, diesen Herrn als Direktor einer hiesigen Möbelfabrik kennen zu lernen. Es sind uns nun schon anfangs seines Hierseins von einer Reihe von Zahlstellen Berichte über F. zugegangen, die wir kaum glauben konnten, nun können wir jedoch feststellen, daß diese Nachrichten, die von Themar, Weimar, Bad Warmbrunn, Rostock, Heiligenhafen, Erfurt usw. uns zugehen, vollständig sich mit seiner hiesigen Leistungsfähigkeit decken. F. hat auch hier für das Geschäft eine neue Schleifmaschine angekauft, trotzdem er wußte, daß dieselbe nicht verwendbar ist, nachdem er schon in einem vorherigen Geschäft die größten Anstände damit hatte. F. hat sich nicht nur im Kalkulieren usw. gründlich verrechnet, sondern ließ sich auch andere Unregelmäßigkeiten dem Geschäft gegenüber zurechnen kommen, was seine sofortige Entlassung zur Folge hatte.

Berlin. Die Musikinstrumentenarbeiter nahmen in ihrer letzten Branchenversammlung Stellung zu der von den Dresdener Kollegen angeregten Konferenz der Klavierarbeiter. In seinen zu diesem Thema einleitenden Ausführungen machte F. Leopold auf die stattgefundenen Konferenzen der Bodenleger, Korbmacher und anderer aufmerksam. Der Hauptvorstand stehe solchen Wünschen der einzelnen Branchen, derartige Konferenzen abzuhalten, sympathisch gegenüber. Er lasse sich dabei jedenfalls von dem Standpunkt leiten, daß, wenn die Organisation bis in die kleinsten Berufszweige der Holzindustrie hinein Verbreitung finden und ausgebaut werden soll, man den einzelnen Spezialbranchen zur Wahrung ihrer Interessen möglichst weiten Spielraum innerhalb des Verbandes einräumen müsse. Wenn sich diese Bestrebungen in den durch das Statut gezogenen Grenzen hielten, würde die einheitliche Aktionsfähigkeit der Kräfte im Kampf gegen das Unternehmertum nicht gelähmt, sondern gefördert werden. Wie in anderen Berufen, so hätten auch die Musikinstrumentenarbeiter bei Streiks damit zu rechnen, daß andere Orte in Mitleidenschaft gezogen würden. Besonders oft berufen sich unsere Unternehmer bei Abwehrdifferenzen auf die Konkurrenz in anderen Städten. Es müsse eine ständige Kommission gewählt werden. Indem Redner auf die einzelnen Punkte näher eingeht, sagt er die Aufgaben dieser Kommission in folgendes zusammen: 1. Befestigung und Aufrechterhaltung einer engen Verbindung zwischen den im Verband organisierten Musikinstrumentenarbeitern der verschiedenen Orte. 2. Sammlung von statistischem Material, um eine Übersicht über die Lage der Musikinstrumentenarbeiter zu haben; um dann ferner zu prüfen, ob eventuell Einheitsstarke für bestimmte Arbeiten und Spezialbranchen einführbar sind. 3. Mit dem Hauptvorstand die gemeinsame Leitung einer planmäßigen Agitation unter den Musikinstrumentenarbeitern. 4. Musikfesterstellung in beruflichen Fragen. — Redner ist dann der Ansicht, daß die Konferenz nicht nur eine solche der Klavierarbeiter sein kann, sondern eine Musikinstrumentenarbeiterkonferenz sein muß. Die Lage der Arbeiter aus anderen Spezialbranchen der Musikinstrumentenindustrie sei vielfach eine noch traurigere als die der Klavierarbeiter. Auch liege gerade bei jenen die Organisation noch sehr im argen. Zum Schluß seiner Ausführungen empfahl Redner folgende Resolution, die auch einstimmig Annahme fand: „Die heutige Branchenversammlung der Berliner Musikinstrumentenarbeiter hält die Abhaltung einer Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter Deutschlands für dringend notwendig. Bei den Bestrebungen des organisierten Unternehmertums der Musikindustrie, allgemeine Maßregeln in den verschiedenen Orten zur Unterdrückung der Arbeiterschaft zu ergreifen, muß notgedrungen eine enge Verbindung der Musikinstrumentenarbeiter innerhalb des Holzarbeiterverbandes geschaffen werden. Die Versammlung beauftragt deshalb die Branchenleitung, alle hierzu nötigen Schritte mit vorzubereiten und zu fördern.“ In lebhafter und ausgebreiteter Diskussion sprachen die Anwesenden ihre Wünsche und Ansichten über die Tagesordnung der beabsichtigten Konferenz aus. Es wurde das Zwischenmeister-system hier in Berlin und dessen Abschaffung besprochen, unser Verhältnis zu anderen Organisationen berührt und verglichen. Ein Redner verlangte, daß die Gesundheitsgefährden, die den Pianopolierern bei Verwendung schlechten Poliermaterials erwachsen, auf der Konferenz mit in den Kreis der Beratungen gezogen werden. Als hauptsächlichste Beratungsgegenstände wurden folgende Wünsche geäußert: 1. Einsetzung einer ständigen Kommission. 2. Ist die Abschaffung der Akkordarbeit bei der Arbeitsteilung in der Klavierbranche vorteilhaft für die Arbeiter und ist sie durchführbar? 3. Ist die Einführung einheitlicher Akkordpreise möglich? 4. Die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung.

5. Wie ist die Ausbreitung der Organisation unter den Musikinstrumentenarbeitern besser zu fördern? Über den Ort der Zusammenkunft wurden Vorschläge, da Berlin seiner geographischen Lage nach für die Musikindustrie nicht in Frage kommt, nicht gemacht. Nachdem noch darauf hingewiesen wurde, daß sich das neue Verkehrslokal unserer Branche bei Krause, Albalbertstraße 59, befindet, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Coblenz. Die Kollegen werden hierdurch besonders zu der am 19. August stattfindenden Versammlung eingeladen. Auf der Tagesordnung steht Vorstandswahl, auch sind noch andere wichtige Punkte zu besprechen. Mögen alle Kollegen erscheinen.

Siberfeld-Barmen. In der am 31. Juli im Gewerkschaftshaus zu Barmen stattgefundenen Sektionsversammlung der Musikinstrumentenarbeiter wurde das Rundschreiben der Dresdener Sektion eingehend diskutiert. Sämtliche Redner waren der Meinung, daß eine Konferenz nicht nur zweckmäßig, sondern auch notwendig sei. Mit Rücksicht auf die straffe Organisation der Pianofortefabrikanten müßte sich diese Konferenz der deutschen Klavierarbeiter mit der Frage in erster Linie beschäftigen: „Wie ist es möglich, die Instrumentenarbeiter zu organisieren?“ Mit diesem Tagesordnungspunkt könnte man einen großen Teil Fragen erörtern, die heute in den einzelnen Orten noch das Hindernis einer geschlossenen Organisation bilden. Vor allem sei es notwendig, daß das Sektionssystem in den Zahlstellen dieser Branche mehr ausgebaut werde, und wo es bestes, auch seitens der Sektionsleitungen mehr Druck dahinter gesetzt werde; weiter müßte ein besseres Hand in Handarbeiten durch diese Sektionen stattfinden, eine gewisse Zentralstelle geschaffen werden, damit es nicht so weiter gehe wie bisher, daß in Streitfälle die Kollegen des einen Ortes ungewollt Streikbrecher spielen, da die Niesenbetriebe heute gerade in unserer Branche dem Vampir gleich ihre Krallen nach allen Plätzen ausstrecken, überall Filialen errichten, wie die Firma Rud. Jbach Sohn, Barmen, Schwelm, und dann die Kollegen der einen Filiale gegen die andere ausgespielt werden; sei es doch vorgekommen, daß in der einen Filiale dieser Firma die Kollegen sich im Zustand befanden, wovon die hiesigen Kollegen nichts wußten. Sodann müßten statistische Erhebungen veranstaltet und zusammengestellt werden, die sich auf die durchgeführte verschiedene Spezialisierung und die festgesetzten Preise hauptsächlich beziehen müssen. Die Zusammenkunft der Pianofortefabrikanten in Coblenz habe gezeigt, wie es mit dem Entgegenkommen der Herren bestellt sei; ziehen wir in unserer Branche die allein richtigen Konsequenzen: „Den letzten Mann in den Holzarbeiterverband, ehe die Arbeitsverhältnisse noch weiter verschlechtert werden.“ Zum Vorsitzenden der Barmen Sektion wurde sodann der Kollege Louis Scholz, Ludwigstraße 18, Barmen, gewählt, und ersuchen wir, alle Zuschriften an diesen zu richten.

Finsterwalde. Betrachtungen über den Winklerschen Streit. Wieder ist es in unserem Orte dem schon bekannten Tischfabrikanten Herrn Winkler gelungen, einen Sieg über die Holzarbeiter davonzutragen. Wer die Verhältnisse in Finsterwalde kennt, wird ja darüber nicht weiter in Erregung geraten. An und für sich ist es in den Kleinstädten schwer, einen Sieg für die Arbeiter zu erringen (!??), aber wie an unserem Orte die Sache liegt, ist es noch um so schwerer für die Arbeiter, einen Vorteil herauszuschlagen, denn im ganzen kommen nur zwei Gewerkschaften in Betracht, welche wirklich noch frei und offen kämpfen können. Das sind die Holzarbeiter und Gutmacher. Diese sind auch nur noch mit wenigen Ausnahmen imstande, den ersten Platz zu feiern. Zum Teil sind auch die Kollegen dieser Gewerkschaften politisch organisiert. So wird nun von Seiten der Holzarbeiter und Gutmacher eine lebhafte Agitation betrieben, welche bei den Fabrikanten anderer Berufe Argernis verursacht. Sie suchen daher mit allen Mitteln die Arbeiter klein zu machen. Das haben wir ganz besonders bei dem Streit in der Winklerschen Tischfabrik gemerkt, denn Herr Winkler, welcher von Hause aus finanziell schlecht gestellt ist, wäre nicht imstande gewesen, so hartnäckig auf seinem Standpunkt zu verharren, wenn ihm nicht von Seiten der Finsterwalder Großindustriellen Unterstützung zuteil geworden wäre. Da es sich bei diesem Streit nur um Anerkennung des Fabrikationszuschusses handelte, und er sich bei der Verhandlung, welche zwischen einem Vertreter seiner Organisation und der unserer stattfand, ablehnend verhielt, wurde ihm die Unterstützung seiner Organisation entzogen. Herr Winkler hätte nun nachgeben müssen, da er zu dieser Zeit fast noch keinen gelehrten Arbeiter bekommen hatte, außer die im Betrieb stehenden gebliebenen. Aber anstatt nachzugeben, trat Herr Winkler immer energischer auf, man kann sagen, er vergaßte das Geld förmlich zur Heranziehung von Arbeitswilligen. Es war daher ersichtlich, daß andere Leute, denen es darauf ankam, die vollen Holzarbeiter aus Finsterwalde zu verdrängen, die Hände mit im Spiel hatten. Es konnte daher nicht anders kommen, als daß der Streit verloren gehen mußte, denn da die meisten Kollegen abgereist waren, so konnte die nötige Kontrolle nicht mehr geübt werden, infolgedessen war in kurzer Zeit der Betrieb voll ungelerner Arbeiter. Herr Winkler und seine Kollegen jubeln ja jetzt über ihren Sieg. Wir werden aber nichts unversucht lassen und immer mehr Agitation treiben, um endlich einmal den Unternehmern mit all ihren Handlangern eine Wunde zu schlagen. Von unserer Filiale ist beschlossen worden, über ganz Finsterwalde die Sperre zu verhängen, da sich einige Kleinfabrikanten weigern, den von uns eingerichteten Arbeitsnachweis anzuerkennen. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, Finsterwalde zu meiden, damit auch wir in unserem Orte einmal geregelte Verhältnisse erlangen.

Sameln. Am 29. Juli fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Fieseler-Hannover über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Sameln referierte. Besonders eingehend wurde über die Mißstände in der Stuhlfabrik von Charf und der Möbelfabrik von C. Losgann verhandelt. Ferner wurden die ungünstigen Verhältnisse bei Kanner & Wönnig, Stuhlfabrik, kritisiert. Dort kommt es vor, daß Kollegen morgens 6 Uhr anfangen und um 9 Uhr schon wieder den Betrieb verlassen, weil die Arbeitsverhältnisse dort so vieles zu wünschen übrig lassen. Zu klagen ist in Sameln vor allen Dingen über schlechte Akkordpreise in den verschiedenen Stuhlfabriken ergibt sich allein bei Bodstäbchen (Nr. 1) eine Differenz von 40 Pf. pro

Duzend, was am Wochenverdienst eine Differenz von mindestens 2 Mk. ausmacht. Auch die Arbeitsräume lassen vieles zu wünschen übrig. Kollegen, alle diese Mißstände werden erst dann verschwinden, wenn ihr alle Mann in den Verband eintretet. Darum organisiert euch und tut auch im Verband eure Schuldigkeit, dann wird es auch hier besser werden.

Marktweiden. Folgende Fälle mögen unseren Kollegen vor Augen geführt sein, welche sich neuerdings wiederum in Wunsiedel und Markt-Redwitz zugetragen haben. Die Firma Weiß, mechanische Schreinererei, hat wieder einen Kollegen wegen einer Lappalie plötzlich entlassen. Der Kollege forderte dann sofort die Bezahlung der vierzehntägigen Kündigung, und was geschah? Weiß junior rief seinem Vater zu: „Gau ihm doch ein paar runter, dem Sauhuben, dem frechen, und werf ihn hinaus!“ Herr Weiß senior gab darauf dem Kollegen einen Stoß, daß er hinausfiel. Kommentar überflüssig! In Wunsiedel, bei Schreinermeister Bovenz, hat sich noch folgender Fall zugetragen: Ein Arbeiter wurde am Freitagvormittag plötzlich krank und blieb dann Freitag und Samstag arbeitsunfähig. Obwohl das Kostgeld jede Woche in Abzug gebracht wird, so besaß Bovenz die Unverschämtheit, für die beiden Krankheitstage noch extra das Kostgeld in Abzug zu bringen, mit der Bemerkung, B. habe ja nichts gearbeitet; durch den darauf erfolgten Protest der Kollegen rückte er dann mit dem zu Unrecht abgezogenen Gelde wieder heraus. Dieser Arbeiter hatte zudem in den beiden Tagen nichts gegessen, weil er nicht konnte, er hätte also demgemäß noch für die beiden Tage das Kostgeld herausbezahlt bekommen müssen.

München. Achtung Parkettleger! Wir sehen uns veranlaßt, die Ortsverwaltungen und Sektionen der Bodenleger auf nachstehendes besonders aufmerksam zu machen. Infolge Tarifbruchs wurden im vierten Quartal 1904 hier sieben Parkettschreiner aus dem Verband ausgeschlossen, diese traten dann zu den Christlichen über und verweisen wir hierbei auf die diesbezüglichen Artikel in Nr. 15 und 21 der „Holzarbeiter-Zeitung“ d. J. Nachdem diese Leute nun vom Unternehmer für ihre „Arbeitswilligendienste“ den bekannten Fußtritt erhalten, versuchen sie auswärts ihr Glück und versuchen, wie wir erfahren, sich auch wieder in unseren Verband hineinzuschmuggeln. Wir glauben, daß es Ehrenpflicht der Ortsverwaltungen sein dürfte, darauf zu sehen, daß der Verband von solchen Elementen rein gehalten wird und sind wir zu weiterer Auskunft gerne bereit. Die Namen der Ausgeschlossenen sind mit der Abrechnung des dritten Quartals 1904 bekannt gegeben.

Nadolszell. In unserer seit dreiviertel Jahren bestehenden Zahlstelle hielt Kollege Raub-Stuttgart am 29. Juli ein Referat. Der Redner verstand es, uns in vorzüglicher, packender Weise die Organisation und deren Wichtigkeit vor Augen zu führen. In martigen Worten besprach Redner den Eölnner Gewerkschaftskongress und dessen Resultate. Dem 1 1/2 stündigen, mit großem Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine längere Diskussion an, in welcher die traurigen Lohnverhältnisse und das Kost- und Logiswesen am hiesigen Orte besprochen wurden. Durch diese Besprechung sahen wir wieder so recht, wie hier am Orte noch so vieles verbesserungsbedürftig ist. Die Versammlung war gut besucht, und waren auch zwei Aufnahmen zu verzeichnen. Leider befinden sich am hiesigen Orte noch viele indifferente Kollegen, und wäre es sehr wünschenswert gewesen, wenn sich alle zu dieser Versammlung eingefunden hätten. Wann gehen denn einmal diesen Kollegen die Augen auf? Es wäre sehr von Nutzen, wenn wir recht oft solche Reden hören könnten. Wacht einmal auf aus eurem langjährigen Schlafe, den ihr geschlafen in den Fesseln der Unternehmer. Kollegen, schließt euch dem Deutschen Holzarbeiterverbande an, der allein imstande ist, euch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschaffen. Werft eure Gleichgültigkeit beiseite. Mögen diese Worte des Kollegen Raub auf guten Boden gefallen sein und reichliche Früchte tragen für unsere Agitation.

Stettin. Die Verhältnisse in den Tischlerwerkstätten von Stettin im Allgemeinen lassen vieles zu wünschen übrig. Über einen Angriff bei Meremener in Pöllingen haben wir unter Differenzen berichtet. Bei Lhometke hier geht es ja so ziemlich, wenn auch einige Schichten seitens der Geschäftsleitung zu rügen wären. Mehr zu klagen wäre über die Verhältnisse in der Maschinenfabrik von Sauerbrey, wo den Kollegen durch einen Nachkollegen, der sich die Stellung eines stellvertretenden Meisters anmaßt, sehr viel Unannehmlichkeiten erwachsen. In diesem Betrieb könnten die Kollegen unter sich auch etwas kollegialer verkehren. Denn wenn die Arbeiter uneinig sind, hat das Unternehmertum immer den Vorteil davon. Allen Kollegen wäre aber zu raten, die Versammlungen besser zu besuchen, damit die Verwaltung in die Lage versetzt wird, die Interessen der Kollegenschaft wirksam zu fördern. Kollegen, unterstützt nicht die Klimbimvereine, sondern unterstützt mehr als bisher den Verband, dann wird es auch hier noch besser werden. Achtet darauf, daß ihr nicht bei den Kleinmeistern Kost und Logis nehmt, damit es euch nicht passiert wie vor kurzem einem Kollegen in Hellingen, der bei seinem Meister stinkendes Pferdefleisch zum Mittagessen vorgesetzt bekam. Tue jeder Kollege im Verband seine Pflicht, damit auch der Verband seine Pflicht den Kollegen gegenüber wirksamer tun kann.

Stuttgart. Von der Lokalverwaltung erhalten wir folgende Zuschrift: Unseren Bericht in Nr. 30 dieses Blattes hat die Redaktion mit einer Fußnote versehen, welche geeignet ist, unter fernstehenden Kollegen verkehrte Anschauungen über hier gefasste Beschlüsse hervorzuheben. Aus diesen Gründen beauftragte die letzte Mitgliederversammlung die Lokalverwaltung, demgegenüber eine entsprechende Erklärung in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen und gegen eine solche Behandlung Protest zu erheben. Daraufhin erklärt nun die Verwaltung folgendes: In zwei Versammlungen unserer Zahlstelle ist über den Eölnner Gewerkschaftskongress diskutiert worden und im allgemeinen auch sachlich, zum mindesten sind die Entgleisungen nicht ärger gewesen als in Eöln selbst. Zum Schluß lagen zwei Resolutionen vor. Die des Kollegen Lehmann, die wörtlich in Nr. 30 zum Abdruck gekommen ist, sagte in wenigen Sätzen das, was der erste Teil der Resolution Dörfer in langen, mit viel überflüssigen Worten angehäuftem Sätzen zum Ausdruck brachte. Dies erklärte auch der Vorsitzende vor der Abstimmung und wurde demgemäß über die Resolution D. und über den ersten Teil der Resolution D. zusammen ab-

gestimmt, was einstimmige Annahme zur Folge hatte. Zur Veröffentlichung wählte die Verwaltung nun aus ganz naheliegenden Gründen die kurze Resolution E. Hiergegen protestierte Kollege Deinhardt und verlangte die Veröffentlichung der Resolution Dörfer und brachte schließlich mit einer Fußnote, was zur Folge hatte, daß die nächste Versammlung, welche zum weitest größten Teile aus denselben Personen wie die vorhergehende zusammengesetzt war, nochmals erklärte, daß nicht der Wortlaut dieser oder jener Resolution, sondern der gemeinsame Sinn beider Resolutionen angenommen worden sei. Etwas anderes ist nicht beschlossen worden. Da kann doch von Desavouierung der früheren Beschlüsse gar keine Rede sein. Auch können die beiden Versammlungen nicht dadurch bedeutungslos werden, weil in denselben Beschlüsse gefaßt wurden, die der Redaktion nicht gefallen. Dann noch eins. In der zweiten Fußnote sagt die Redaktion ausdrücklich, daß der zweite Teil der Resolution D. nur mit einigen Stimmen Mehrheit angenommen worden ist. Wir geben zu, daß nur wenige Kollegen dafür und noch weniger dagegen gestimmt haben. Wie kann aber auf Grund dessen die Redaktion behaupten, daß die Resolution des Kollegen D. den Geist und die Tonart der Diskussion aus der Versammlung widerspiegelt, wenn nur der zehnte Teil der Versammlung bei der Abstimmung über diese Resolution mitzuwirken für nötig erachtet hat? Mit obigem glaubt nun die Verwaltung den Kollegen im Lande draußen ein klares Bild der Verhältnisse gegeben zu haben, und werden diese beurteilen können, auf welcher Seite mehr Objektivität gewaltet hat.*

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zugung ist fernzuhalten von:
Tischlern nach Alfeld, N. Klamm (W. Oldenburg), Breslau, Bromberg, Danzig (E. & G. Köhner), Deuben (Klage), Düsseldorf, Eisenach (Sektions und Fensterfabrik), Falkenstein, Finsterwalde, Fischbach im Taunus (F. C. Schmidt), Flensburg (Schiffswerk), Friedland i. Schlesien, Geesthacht, Gelsenkirchen, Gietorf (E. Wisfeld und G. Suhr), Goslar am Harz (Fr. Wagener), Göttingen, Griesheim bei Frankfurt a. M., Halberstadt (Wulfert), Schw. Hall, Halle a. Saale, Harzburg, Hellingen bei Staßfurt (Wesemeyer), Landsbut, Langensfelde bei Hamburg (Zimmermeister Schröder), Liegnitz (Ries), Lissa, Lüdenscheid (W. Schütte), Meerane (Schnabel), Mühlhausen i. Thür., Oberturnersdorf (Golds), Prießnitz, Regensburg, Wald, (F. Hammacher-Söhne), Wanne, Weimar (Th. Lindemann), Worms (Ph. Döf), Schweiz, Schweden;

* Um zu verhindern, daß unter fernstehenden Kollegen verkehrte Anschauungen über hier gefasste Beschlüsse hervorgerufen werden, wollen wir nochmals feststellen, daß die Mitgliederversammlung vom 15. Juli, wie der Vorsitzende Waldmann ausdrücklich feststellte, auch die Resolution Dörfer angenommen hat. Wenn diese Resolution, obwohl sie nach Ansicht der Redaktion „Geist und Tonart“ der Diskussion über den Gewerkschaftskongress am treffendsten widerspiegelt, nicht veröffentlicht wurde, so hatte die Redaktion das Recht, auf diesen Mangel des Berichtes hinzuweisen. Die Verwaltung erklärt nun, sie habe „aus naheliegenden Gründen die kurze Resolution Lehmann“ veröffentlicht. Wenn damit gesagt sein soll, die Resolution Dörfer sei wegen ihrer Länge nicht veröffentlicht worden, so ist dieser Grund schon deshalb nicht stichhaltig, weil die Redaktion ja ausdrücklich die Veröffentlichung der Resolution Dörfer wünschte, trotz ihrer Länge. Das Unbegreiflichste an diesem Vorgang ist, daß die Verwaltung die Resolution Dörfer, die nach ausdrücklicher Konstatierung des Vorsitzenden von der Versammlung vom 15. Juli angenommen worden war, aus dem Protokoll über diese Versammlung ausgemerzt hat, und daß die Versammlung vom 24. Juli, die, wie wir feststellen, lange nicht von denselben Personen besucht war wie die Versammlung vom 15. Juli, dieser jeder Verunft und Objektivität widersprechenden Berichterstattung und Protokollierung über Versammlungen des Verbandes beipflichtete. Wir müssen erklären, daß uns ein solcher Vorgang in unserer mehr als vierjährigen Verbandstätigkeit noch nicht begegnet ist. Einige Kollegen, wie der Kollege Siefert und der Kollege Dörfer, haben auch auf das Bedenkliche der Verschweigung der Resolution Dörfer hingewiesen; wenn die Versammlung trotzdem nachträglich beschlossen hat, den Wortlaut der Resolution Dörfer zu unterdrücken, so trägt das doch nicht gerade zur Erhöhung des Gewichtes der Stuttgarter Versammlungsbeschlüsse überhaupt bei. Eine Auseinandersetzung darüber, daß und ob in Stuttgart durchaus sachlich über den Gewerkschaftskongress diskutiert worden sei, und die Entgleisungen zum mindesten nicht ärger gewesen seien als in Eöln selbst, lohnt sich nicht mit Kollegen, welche mit Versammlungsbeschlüssen so eigenmächtig verfahren, lohnt sich vor allen Dingen aber nicht mit Kollegen, welche den Eölnner Verhandlungen nicht beiwohnten. Daß die Beschlüsse der Stuttgarter Kollegen uns nicht gefallen hätten, müssen wir bestreiten; schon allein die Tatsache, daß wir, entgegen dem Willen der Verwaltung und der Kollegen, darauf drangen, daß beide Beschlüsse in ihrem Wortlaut veröffentlicht werden sollten, beweist ja, daß uns diese Beschlüsse viel weniger unangenehm waren als der Verwaltung und den Stuttgarter Kollegen selbst. Wir sehen übrigens auf dem Standpunkt, daß die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung von Beschlüssen nicht deshalb zu erfolgen oder zu unterbleiben hat, weil sie den Kollegen oder der Redaktion unangenehm sind. Deshalb können wir ja auch der eigentümlichen Transaktion mit der Resolution Dörfer keinen Beschmack abgewinnen. Durchaus auf der Höhe steht die Verwaltung mit dem letzten Teile ihres Protestes — Protestes ist gut! —, indem sie jetzt deklariert, daß an der Abstimmung über die Resolution Dörfer nur der zehnte Teil der Kollegen abgestimmt habe, „und daß nur wenige Kollegen dafür und noch weniger dagegen gestimmt haben“. Das ist doch lässlich. Diese Verwaltung berichtet aber in Nr. 30 unserer Zeitung, daß diese Resolution „ebenfalls gegen einige Stimmen angenommen wurde“. Damit wurde über die Abstimmung über diese Resolution, die „gegen mehrere auf dem Kongress gebrauchte, verlebende und wirkelose Nebenwendungen einiger Delegierten protestiert und die Hoffnung ausspricht, daß die Arbeiterchaft bei zukünftigen Delegiertenwahlen mehr Vorsicht an den Tag legt“, von der Verwaltung, wie sie jetzt selbst eingesteht, also direkt falsch berichtet, indem die schwache Beteiligung an der Abstimmung verschwiegen wurde. Diesen Mangel an Objektivität rügen wir ja gerade durch unsere Fußnote.

- Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern** nach Dresden (Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes), Schw. Hall;
- Modelltischlern** nach Berlin, Witten (Ruthenfranz), Schweden;
- Tischlern und Stellmachern** nach Dessau (Waggonfabrik), Dortmund, Hamburg (Wagenfabrik Falkenried), Weimar (All.-Ges. für Eisenbahn- und Militärbedarf);
- Tischlern auf photographische Apparate** nach Rabenau Kolbe & Schulze);
- Zigarettenmaschinenmacher** nach Sandhausen bei Heidelberg;
- Stuhlmachern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern** nach Lahr (W. Ringwald, Werderstraße 48), Billingen (Hinterwald);
- Stellmachern** nach Gelsenkirchen, Graudenz, Leipzig, Prenzlau;
- Drechslern** nach Bernau (Rückert);
- Stoßdrechslern** nach Hamburg, Ringerzheim i. Elbaf (F. Kaufmann);
- Maschinenbauern** nach Bamberg (F. C. Neuper), Johanngeorgenstadt (M. Grunert), Leipzig (Bretschneider), Dömitz (M. Freitag);
- Parfettlegern** nach Nürnberg (Mosser); Stettin (Mahnlow);
- Korbmachern** nach Celle (Gebrüder Rohlfmann), Dömitz (Konehny), Martranzstadt (Schindler), Nürnberg (Ferd. Althoff), Oranienburg;
- Bürstenmachern** nach Berlin (Schächter), Heidelberg (Gallus Mahler);
- Pantinenmacher** nach Cottbus.

Zu Bauen ist die Lohnbewegung in den Möbel-fabriken von Gebr. Schmidt und Trepper & Gl. beendet. Bei der ersten Firma wurde eine Einigung ohne Streit erzielt, während bei der Firma Trepper & Gl. durch Maßregelung von Kommissionsmitgliedern die Kollegen direkt in den Streit getrieben wurden. Vom Bauvorsitzer eingeleitete Verhandlungen führten jedoch auch hier zur Einigung. In beiden Betrieben wurden die neuen Arbeitsbedingungen schriftlich vereinbart; die wesentlichsten Erfolge sind drei Stunden Arbeitszeitverkürzung nebst entsprechender Lohn-erhöhung. Hauptaufgabe der Kollegen in Bauen muß es künftig sein, die in den Kleinbetrieben beschäftigten Kollegen zur Organisation heranzuziehen, um auch dort zunächst die gleichen Arbeitsbedingungen schaffen zu können.

In Bromberg sind die Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern unter anderem Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, Aufschlag von 50 Prozent des Lohnes bei Überstunden, von 70 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit, Einführung eines Minimallohnes von 30 Pf. pro Stunde und eines Lohnaufschlags von 5 Pf. pro Stunde. Hier liegen die Verhältnisse tieftraurig. Der im Jahre 1900 mit den Unternehmern abgeschlossene Tarifvertrag wird in den meisten Fällen nicht eingehalten, die 10 stündige Arbeitszeit ist wohl eingeführt worden, wird aber nicht eingehalten. Oft genug arbeiten die Kollegen freiwillig 14 bis 16 Stunden täglich. Von 500 am Werke beschäftigten Kollegen sind allerdings nur 200 organisiert und kommt es sogar vor, daß Mitglieder der Lohnkommission wegen ihres Eintretens für bessere Verhältnisse von Aushülfskollegen insultiert worden sind. Schöne Kollegen! Trotzdem müssen wir den Versuch einer Besserung unserer Lage machen. Mögen uns die reisenden Kollegen dabei durch Fernhaltung des Zugangs unterstützen.

In Coblenz sind in letzter Zeit in der in Kollegentreffen bekannten Hofpianosortefabrik von C. Mand nacheinander drei Kollegen gemahregelt worden. Die Kollegen werden gut daran tun, auf diesen Betrieb ein besonderes Augenmerk zu richten.

In Köln ist es mit der Firma Deußen & Söhne zu einer Einigung gekommen. Sämtliche Ausständige werden wieder eingestellt. Herr Deußen zahlt weiter den vereinbarten Stundenlohn auch bei Überarbeiten seinen Gesellen wöchentlich aus und paßt sich in Bezug auf seine Entlohnung den örtlichen Verhältnissen an.

In Deuben bei Pöschappel befinden sich sämtliche Kollegen in der Tischfabrik von Kluge & Co. im Ausstand. Der Inhaber Herr Kluge ist Verhandlungen unzugänglich und außerdem ein sehr schimpflich veranlagter Mensch. Nach anhaltendem Schimpfen im Betrieb zu entnehmen, will er jedem, der gegen die Verhandlung ihm zu nahe kommt, den „Schädel mit der Raubbank einhauen“. Hoffentlich gelüftet niemand nach dem Arbeitsverhältnis dieses schlagfertigen Herrn, bis seine Hornesader eine gründliche Heilung erfahren hat.

In Düsseldorf haben am 6. und 7. August Einigungs-verhandlungen vor dem Einigungsamt für das Holzgewerbe stattgefunden unter Veranlassung und Leitung des Vorsitzenden des Gewerbegerichtes, Herrn Neuerburg. Es zeigte sich schon von Anfang an in den Verhandlungen, daß die Unternehmer nichts anderes wünschten, als die Arbeiter-organisationen gegeneinander auszuspielen, andererseits auch die für sie sehr unangenehme Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß es die Unternehmer gewesen waren, auf deren Antrag seinerzeit die Unterhandlungen abgebrochen worden waren. Nachdem der erste Paragraph des Vertrags infolge großen Entgegenkommens der Arbeiter festgelegt worden war, kamen die Unternehmer bei § 2, der die Lohnfrage regeln soll, mit folgendem Vorschlag, der geradezu als Verhöhnung der Arbeiter aufzufassen ist: „Die Lohnverhältnisse werden wie bisher durch freie Vereinbarung zwischen den einzelnen Arbeitgebern und ihrer Arbeiterschaft geregelt, jedoch wird eine aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern bestehende Lohnregelungskommission gewählt, welche dazu beihilflich ist, innerhalb drei Monaten die im Verhältnis zu geringen Löhne in einzelnen Betrieben zu regeln und aufzubessern.“ Allgemeine Forderungen dürfen während der Vertragsdauer von den Arbeiterverbänden auch bei einzelnen Betrieben nicht gestellt werden.“ Daß dieser Vorschlag der Unternehmer keine Lohnerhöhung in sich schließt, ist für jeden klar. Demgegenüber stellte die Lohnkommission die bestimmte Anfrage, „ob die Unternehmer gewillt seien, in Verhandlungen über eine allgemeine Lohnerhöhung einzutreten.“ Diese Frage wurde von den Unternehmern strikte abgelehnt, obwohl ausdrücklich unsererseits erklärt wurde, die Höhe des Mehrlohnes komme erst in zweiter Linie. Nur von Fall zu Fall und nach Leistung könne eine Lohnerhöhung

bevolligt werden, anders nicht. Die Verhandlungen wurden hierauf auf den 14. August vertagt.

Kollegen! Es wird und muß uns gelingen, auch die Düsseldorfer Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen. **Halte nur streng den Zug von Düsseldorf fern**, dann werden wir mit einem vollen Siege aus diesem Kampfe hervorgehen.

In Gelsenkirchen glauben die Schreiner-Zunungsmeister, daß sie es den Scharfmachern im Baugewerbe des Ruhrgebiets gleich machen müssen. Unter glorreicher Führung des Obermeisters soll versucht werden, unorganisierte Arbeiter aus dem Sauer- und Münsterlande heranzuziehen, und zwar in der Voraussetzung, daß diese Kollegen noch nicht so hohe Ansprüche an das Leben stellen und sich mit 2,50 bis 3 Mk. pro Tag zufrieden geben, ja, diese Kollegen müssen froh sein, wenn sie in Gelsenkirchen noch was lernen können. Sollten wohl im Sauer- und Münsterlande so viele Schreiner darauf warten, die Gobelbänke im Eldorado Gelsenkirchen besetzen zu können. Es sind durchaus nicht einzelne Kollegen, die nur 28, 30 und 32 Pf. pro Stunde verdient haben. Allerdings sollen auch Schreinergefallen in Gelsenkirchen vorhanden sein, die nach Aussage des Obermeisters bis zu 2000 Mk. pro Jahr verdient haben. Uns sind derartige Fälle nicht bekannt. Die dazu angestellten und bezahlten Heber sollen die ganze Schuld an diesem Streit haben, nicht die traurigen Verhältnisse, unter denen die Kollegen arbeiten müssen! Ein sehr großer Teil der hier beschäftigten gemessenen Kollegen ist auswärts untergebracht. Haben die Schreinermeister mit der Ausbildung der Kollegen aus dem Sauer- und Münsterlande erst schlechte Erfahrungen gemacht und wird der Zug mit allen Mitteln ferngehalten, so kann an einem guten Ausgang der Bewegung nicht gezweifelt werden.

In Gera ist der Streit der Bau- und Möbeltischler nach neunmögiger Dauer mit einem vollen Erfolg der Kollegen beendet worden. Näherer Bericht folgt.

In Glogau herrschen in der Bautischlerei von C. Schön recht ungünstige Verhältnisse. Sonnabends erhält jeder Geselle 15 Mk. Kostgeld; da der Lohn 18 Mk. beträgt, so bleiben also jede Woche 3 Mk. oder auch der eventuelle Affordüberschuss in Händen des Arbeitgeberes und wird dann vierteljährlich abgerechnet. Neben anderen Unnehmlichkeiten dieses Systems für den Arbeitgeber trägt dies noch dazu bei, ein widerliches Speichelleciturum großzuziehen. Wer es am besten versteht, dem Arbeitgeber um den Bart zu gehen, hat auch die Hoffnung, bei der Abrechnung, welche in der Weise geschieht, daß jeder Geselle sich einzeln in die Wohnung des Meisters begibt, am besten abzuschneiden. Nun hatten fünf in unserem Verband organisierte Kollegen bei dem Arbeitgeber in Anbetracht der günstigen Konjunktur am Orte, sowie den teuren Lebensbedingungen die Forderung auf 35 Pf. Stundenlohn, Sicherung dieses Lohnes bei Affordarbeit und Auszahlung des vollen Lohnes am Sonnabend gestellt. Der Herr ließ sich aber auf gar keine Verhandlung ein, und legten unsere Kollegen am Sonnabend, nachdem vierzehn Tage vorher die Kündigung eingereicht war, die Arbeit nieder. Trotzdem Herr Schön bei jeder Gelegenheit, wenn seine Gesellen nicht ganz willig sind, damit droht, seine Werkstelle zu verkleinern, da er mit seiner Frau genug zum Leben habe, so sucht er doch in hiesiger Zeitung Gesellen. Auch beim hiesigen Infanterie-Regiment Nr. 58 sind Tischler von ihrem Feldwebel gefragt worden, ob sie nach ihrer Entlassung bei Schön anfangen wollen. Außerdem will der Betreffende keine Organisierten mehr einstellen, und wir hoffen, daß unsere Kollegen dem Herrn keine Gelegenheit geben, sein Wort zu brechen.

In Göttingen ist die Kündigung der Tischler am 14. August abgelaufen. Eine Einigung zwischen den Zunungsmeistern und Gesellen ist bis jetzt nicht erzielt worden. Von seiten der Meister wurde eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde pro Woche und sechs Prozent Lohnaufschlag zugestanden, doch sollte die eine Stunde auch noch vom Wochenlohn gestrichelt werden, so daß die Lohnverbesserung fast gar nichts bedeutete. Unsere Kollegen lehnten diese Zugeständnisse in der Versammlung vom 12. August ab und traten am 14. August in den Ausstand. Der Zug von Bau- und Möbeltischlern nach hier ist streng fernzuhalten.

In Halle a. S. erstreckt sich die Bewegung zur Durchführung des mit dem „Schutzverband“ im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrags zurzeit auf zehn Werkstätten mit 157 beschäftigten Arbeitern. In vier Werkstätten davon spielen 29 Hirsch-Dundersche auf Beschluß ihres Ortsvereins die Streikbrecher. Dieses lüderliche Verhalten der braven Hirsche beeinflusst nun zwar den günstigen Stand der Bewegung um nichts; trotzdem richten wir an alle Kollegen wiederum das dringende Ersuchen, den Zug nach hier fernzuhalten, da eine Ausdehnung der Bewegung nach dem Verhalten der Arbeitgeber leicht zu erwarten steht.

In Hamburg dauert der Streit der Stoßdrechslern unverändert fort. Die Unternehmer weigern sich hartnäckig, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Unsere Kollegen sind natürlich nicht gewillt, von ihren Forderungen abzugehen, und sie werden dieselben durchzusetzen wissen. Hauptsache ist es, daß der Zug ferngehalten wird. Wir möchten die Stoßdrechslerkollegen deshalb ersuchen, jedes Arbeitsangebot aus Hamburg abzulehnen und Hamburg unter allen Umständen zu meiden.

In Sartha stehen die Stellmacher und Schmiede bei der Firma Faust in der Lohnbewegung. Es steht eine Einigung durch Verhandlungen zu erwarten, doch ist Zug fernzuhalten.

In Sarzbürg suchen die Tischlermeister Gebr. Nordmann „verbandsfreie“ Tischler. Da ihre bisherigen verbandsfreien wegen der Nichtigkeit der Herren, die Löhne von 31 Pf. um ein Weniges aufzubessern, deren Werkstätte am 7. August verlassen haben, so werden die Kollegen ersucht, diesem Gesuch die nötige Beachtung zu schenken.

In Seckingen bei Staßfurt legten am 5. August in der Bautischlerei von Wesemeyer fünf Kollegen die Arbeit nieder, weil einem der Kollegen der ganze Wochenlohn abgezogen wurde für einen Fehler, für den der betreffende Kollege gar nicht verantwortlich zu machen war. Ein Kollege blieb stehen; derselbe spekuliert gewiß auf den Meisterposten. Wir bitten um Fernhaltung des Zugangs, damit wir im Wesemeyerischen Betrieb endlich einmal bessere Verhältnisse schaffen können.

Zu Susum gelang es in der Susumer Möbelfabrik ohne Streit folgende Lohnerhöhungen usw. zu erzielen: für Kastenbauer ein elfprozentiger Aufschlag auf die Affordpreise, für Kastenbauer und Polierer eine Erhöhung der Affordpreise von bis zu 25 Prozent, für Drechslern und Bildhauer einen Lohnaufschlag von 1,50 Mk. pro Woche. Weiter soll künftig bei Vergebung von Afforden darauf gesehen werden, daß nur Stücke von einer Gattung ausgegeben werden. Neue Muster sollen zuerst in Lohn gemacht, dann soll der Affordpreis nach dem gezahlten Lohn festgesetzt werden. Der Lohn soll am Jahrtag vor sechs Uhr abends den Arbeitern in Lohnbüten abgezählt am Arbeitsplatz ausgereicht werden. — Unsere Kollegen können mit diesem Erfolg, den sie nur dem Verband verdanken, jedenfalls zufrieden sein.

In Karlsruhe ist die Firma Gebr. Himmelhofer jetzt mit Erfolg bemüht, das bisherige Ansehen, das sie bei den Schreimern noch genob, vollends ganz zunichte zu machen. Obwohl die Firma die beste und zahlungsfähigste Kundschaft besitzt, zahlt sie ihren tüchtigsten Arbeitern doch so niedrige Affordlöhne, daß sie bei neumeinhaltsindiger Arbeitszeit kaum 4 Mk. pro Tag verdienen. Den Neueingestellten wird 40 Pf. Stundenlohn geboten, und das, obwohl im vorigen Jahre bei den Unterhandlungen seitens der Unternehmer ausdrücklich betont wurde, der Schreinergehilfe solle 42 Pf. Stundenlohn erhalten. Die Lohnrückerei ist bei der Firma an der Tagesordnung, ebenfalls läßt die Behandlung recht vieles zu wünschen übrig. Leider trägt ein Teil der älteren nichtorganisierten Arbeiter dieses Betriebs an diesen ungünstigen Verhältnissen mit Schuld. Anglistlichkeit, Borniertheit, Falschheit, Schwägererei ist da viel anzutreffen, wie können da mustergültige Arbeitsverhältnisse herrschen. Eine Musterleistung hat einer dieser Aushülfskollegen, Patheiger mit Namen, neulich erst vollbracht. Weil ein Kollege ihm Vorhaltungen machte deshalb, weil er die Werkstattverfassung nicht befreit hatte, ging er zu Herrn G. Himmelhofer und verlangte die Entlassung des betreffenden Kollegen. Uns fehlen die Worte, um ein solches Verhalten, wie es dieser Aushülfskollege belebte, richtig zu würdigen. Dem Kollegen, unserem Bevollmächtigten, wurde auch richtig gekündigt. Als die Kollegen das erfuhren, brach ein Entrüstungsturm los. In zwei Versammlungen beschlossen die organisierten Kollegen, sich mit ihrem Vorsitzenden solidarisch zu erklären und bei Gebr. Himmelhofer in den Ausstand zu treten, und wenn es nicht zur Arbeitseinstellung kam, so ist es lediglich der Verwaltung unseres Verbandes zu danken. In einem Schreiben wandte sich die Verwaltung an den Arbeitgeberschutzverband und verlangte Zurücknahme der Kündigung ihres Vorsitzenden bei Gebr. Himmelhofer. Die Unternehmerorganisation antwortete unter Angabe der angeblichen Entlassungsgründe und erklärte ihre Bereitwilligkeit, die Angelegenheit vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes zu erledigen. Wir gingen darauf ein, obwohl wir wußten, daß wir im Rechte waren. Vor dem Einigungsamt wurde es denn auch klar, daß es sich um eine schikanöse, gegen unseren Verband gerichtete Entlassung handelte. Herr Himmelhofer mußte seine Anschuldigungen gegen den Bevollmächtigten unseres Verbandes zurücknehmen und ihm ein ordnungsgemäßes Zeugnis ausstellen, während dieser aus begreiflichen Gründen auf seine WiederEinstellung verzichtete. Anscheinend soll unserem Bevollmächtigten nun jede Beschäftigung hier am Orte unmöglich gemacht werden; wenn die Unternehmer aber glauben, damit unsere Bewegung geschwächt zu haben, so werden sie sich sehr täuschen. Unsere Organisation wird vorwärts gehen, möge kommen, was da will, und sie wird mit den Unternehmern noch einmal gründlich abrechnen. Solche Vorkommnisse, wie die jetzt bei Himmelhofer, wirken jedenfalls nur verbittern auf die Kollegen, zum großen Schaden der Unternehmer.

Zu Ringerzheim i. Elbaf sind in der Stoßfabrik von F. Kaufmann wieder Differenzen ausgebrochen. Vor einiger Zeit reklamierten da drei Dieger die ihnen von Herrn Kaufmann versprochene Lohnerhöhung von 10 Prozent. Ein Kollege wurde daraufhin entlassen. Diese Entlassung wurde auch auf Veranlassung der Lohnkommission nicht rückgängig gemacht. Die Lohnkommission forderte dann von Kaufmann Einführung einheitlicher Preise, um den unmäßigen Zustand zu beseitigen, daß einheimische Kollegen für dieselbe Arbeit weniger bekommen als auswärtige; ferner forderte sie Verkürzung der jetzt elfstündigen Arbeitszeit. Herr Kaufmann versprach, am 1. August einen von der Lohnkommission ausgearbeiteten Lohnsatz zu berücksichtigen, lehnte aber eine Arbeitszeitverkürzung ab. Am 31. Juli überraschte uns Herr Kaufmann nun mit der Verkürzung eines seinerseits ausgearbeiteten Tarifs mit reduzierten Preisen und setzte zudem sämtliche Wochenarbeiter in Afford, mit dem Bemerkten, wenn das nicht passe, der Löhne ja gehen. Als wir demgegenüber am 1. August unseren Tarif einreichten, wies Kaufmann ihn schroff ab und kündigte drei weiteren Kollegen. Herr Kaufmann will so die organisierten Arbeiter aus seinem Betrieb entfernen, um mit Hilfe eines gewissen Wirt, Werkführers bei Hochel, billige Arbeitskräfte in seinen Betrieb hineinzulancieren und die Preise bedeutend reduzieren zu können. Die hiesigen Kollegen sind zum Glück über die Absichten Kaufmanns genügend, aufgefällt und sie werden die geplanten Arbeitsverschlechterungen abzuwehren wissen. Den hiesigen Kollegen legen wir nahe, dem Verband treu zu bleiben, dann wird der Verband ihnen auch bei allen Maßnahmen gegen Herrn Kaufmann treu zur Seite stehen. Die auswärtigen Kollegen ersuchen wir aber, die Stoßfabrik Kaufmann zu meiden.

Zu Leipzig haben die Gummifabrikanten Unterhandlungen mit unserer Organisation abgelehnt. Die Kollegen haben darauf, um alle Mittel zu erschöpfen, für jede der fünf in Betracht kommenden Fabriken eine Lohnkommission gewählt, welche mit den Unternehmern verhandeln soll, doch ist wenig Aussicht auf friedliche Erledigung der Lohnbewegung. Wir ersuchen deshalb alle Drechslern, und insbesondere die Gummidrechslern, Leipzig zu meiden.

Der Ausstand bei der Firma Bretschneider, Pianofortefabrik, dauert unverändert fort. Zug ist streng fernzuhalten.

In Marktten ist es unseren Kollegen in den drei für sie in Betracht kommenden Schreinerbetrieben gelungen, durch Unterhandlungen mit den Meistern den zehn stündigen Arbeitstag zu erlangen.

Zu Offenbach sind, wie berichtet, bei Herrn Schreinermeister Schlaß, Spezialgeschäft für polierte Auszugstische,

Preistafel und Divangestellte, ernste Differenzen ausbrechen. Die Ursachen sind kurz folgende: Herr Schlapp hat die Gewohnheit, bei jeder ihm passenden Gelegenheit ohne Angabe von Gründen Arbeiter auf die Straße zu werfen. So kamen in letzter Woche auch wieder zwei Fälle vor; in dem einen Falle handelt es sich um einen verheirateten Kollegen. Eine Werkstattführung beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit, und hierbei kamen noch weitere Mißstände zur Sprache. Es werden in dieser Werkstatt für obengenannte Arbeiten bezahlt: Auszugische mit Wachstuch 4 Mk. pro Stück, für Preistafel 2,50 Mk., Divangestellte mit Stab und Fries 2,80 Mk., gewöhnliche 2,20 Mk. Bei außergewöhnlichen Arbeiten fest der Meister selbst die Preise fest und hat kein Arbeiter etwas dreinzureden. Bei diesen Arbeiten verdienen die Kollegen, wie in der Werkstattführung festgestellt wurde, pro Woche von 9 Mk. bis zu höchstens 18 Mk., ganz eingeschulte Arbeiter, welche länger dort beschäftigt sind, bringen es höchstens auf 24 Mk. Von sieben Arbeitern verdient nur einer diesen Lohn, aber auch nicht immer. Aus diesen Gründen hat die hiesige Verwaltung Herrn Schlapp folgende Forderungen unterbreitet: 1. Abschaffung des Altfordes, 2. Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde, 3. Einführung der gesetzlichen Kündigung, 4. Aushängung einer Werkstattordnung, 5. Anerkennung der Organisation. Es ergeht nun an alle Holzarbeiter die Aufforderung, nach Kenntnis dieser Verhältnisse bei dieser Firma so lange keine Arbeit anzunehmen, bis die Differenzen beigelegt sind.

Die Differenzen sind mittlerweile durch Bewilligung der Hauptforderungen nach zweiseitigem Streit zugunsten der Kollegen beendet.

In Priebrus besteht über die Firma D. F. Schulze die Sperre noch weiter, um so mehr, da in der „Fachzeitung“ des Arbeitgeber-Schutzverbandes vom 30. Juli d. J. vom Sekretär Schwente-Berlin in einem Artikel, den hiesigen Streit betreffend, betont wird, daß der Zentralvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes den Streit für berechtigt erklärte. Der Betrieb von D. F. Schulze ist also zu meiden.

In Sandhausen bei Heidelberg befinden sich die Zigarettenfabrikanten im Streit. Bezug ist fernzuhalten.

In Wanne und Umgegend ist es trotz der Inserate in den berühmten Zentrumsblättern von Rheinland und Westfalen nicht gelungen, bei der Firma Wischeloß die Plätze mit Arbeitswilligen zu besetzen. Die Kollegen sind dort auf dem Posten und fangen alle Schreiner ab, welche aus Grund dieser Inserate kommen. Die Wut der Unternehmer kennt keine Grenzen. Die Zeit der Reservistenentlassung wird schon jetzt herbeigeführt, dann glaubt man, Arbeitswillige so viel zu bekommen, daß die Arbeit fertiggestellt werden kann. Wie lange ist es doch noch bis dahin? Vielleicht geht's mit diesen Arbeitswilligen gerade so wie mit denen, welche durch Butterhändler in Herford angeworben werden. Der Geist unter den Kollegen ist vor wie nach ein guter. Im Vertrauen auf die Solidarität der deutschen Kollegen, daß keiner sich nach Wanne anwerben läßt, wird der Kampf zum guten Ende weitergeführt.

In Weimar ist es in der Bautischlerlei von Th. Lindemann wegen Nichterhaltung der Lohnvereinbarungen zu Differenzen gekommen. Der Betrieb ist deshalb gesperrt.

In Witten, nicht in Unnen, ist die Modellschreinerlei von Rütchen Franz gesperrt. Wir bitten, diesen Betrieb unter allen Umständen zu meiden.

In Worms a. Rh. sind in der Weiskübelfabrik von H. Döb Differenzen ausgebrochen. Wir bitten, diesen Betrieb zu meiden.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Vertragsbruch bleibt Vertragsbruch. Das mußte zu seinem Leidwesen Herr Dr. Stoll in Leipzig erfahren. Der Herr hat bekanntlich den von ihm im letzten Jahre mitgeschaffenen Tarifvertrag im Leipziger Holzgewerbe in schäblichster Weise gebrochen, indem er mehreren Arbeitern die tariflich vereinbarten Löhne nicht zahlte und, als sie auf Zahlung derselben drangen, sie einfach auf das Pflaster warf. Kollege Gerike, der Bevollmächtigte unserer Leipziger Zahlstelle, hatte diese Handlungsweise des Herrn Dr. Stoll in einem Inserat der „Leipziger Volkszeitung“ sowohl als in einem Plakatanschlag als Vertragsbruch bezeichnet. Darauf hatte Herr Dr. Stoll nichts eiligeres zu tun, als Kollege Gerike wegen öffentlicher Beleidigung zu verklagen, und die Staatsanwaltschaft übernahm die Strafverfolgung Gerikes im öffentlichen Interesse. Zudem wurden alle von Gerike für den Vertragsbruch Dr. Stolls angegebenen Zeugen von der Anklagebehörde ignoriert und nur Dr. Stoll selbst darüber einvernommen, ob er selbst, als Vertragspartei, den Vertrag gebrochen habe. Nichtsdestoweniger bildete die Verhandlung gegen Gerike, die am 8. August vor dem Schöffengericht zu Leipzig stattfand, eine einzige schwere Niederlage für Herrn Dr. Stoll. Wir wollen aus dieser Verhandlung nur die so wichtige Auseinandersetzung des Gerichtsvorstandes mit Herrn Dr. Stoll hervorheben. Letzterer hatte sich bemüht, zu beweisen, daß er den Vertrag nicht gebrochen, daß er die Arbeiter nicht wegen der vertragsmäßig an sie zu zahlenden hohen Abhne entlassen habe. Darauf

Vors.: Aber der ausgesprochene Grund der Entlassung war, daß die Leute Ihnen zu teuer waren?

Stoll: Ich hatte auch noch andere Gründe. Ich habe den Tarif nicht durchbrochen, daß ich andere Arbeiter unter Tarif eingestellt habe. Mein Meister hatte strenge Weisung, feinen Maschinenarbeiter unter dem Minimallohn einzustellen, die beiden Neueingestellten waren aber keine Maschinenarbeiter, wie die Arbeitsbücher ausweisen, sondern nur gewöhnliche Arbeiter.

Vors.: Die anderen Arbeitgeber haben Ihr Verhalten aber ebenfalls als vertragswidrig bezeichnet?

Stoll: Das ist hinter meinem Rücken geschehen auf Grund einseitiger Darstellung. Die Arbeitgeber standen im übrigen auf meiner Seite und haben einen Vertragsbruch nicht anerkannt.

Vors.: Wir streiten hier um des Kaisers Bart. Wollen Sie nicht lieber den Strafentwurf zurückziehen, da ich nicht glaube, daß zu einer Verurteilung zu gelangen ist? Eine Beleidigung liegt nicht vor.

Stoll: Ich muß den Vorwurf als Beleidigung

Vors.: Auf alle Fälle hat der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und muß ihm der Schutz des § 193 zugebilligt werden.

Stoll: Aber auf dem Plakat war in großer Schrift vom Vertragsbruch die Rede.

Vors.: Daß das Plakat in dieser Schrift die Ankündigung enthielt, das sieht man alle Tage. Das Wort Vertragsbruch enthält aber nichts Beschimpfendes.

Stoll: Ich muß es als eine Beleidigung auffassen.

Vors.: Beleidigungen in Wahrnehmung berechtigter Interessen ausgesprochen, sind keine Beleidigungen. Man könnte nun annehmen, daß der Vorwurf hier in frivoler Weise erhoben worden sei, aber das ist nicht geschehen.

Stoll: Ich bin anderer Ansicht. Ich bin in Volksversammlungen und Flugblättern angegriffen und in der Öffentlichkeit herabgesetzt worden. Der Vorwurf sollte nichts als eine Beleidigung sein.

Vors.: Was sollten die Arbeiter aber tun? Sie mußten gegen Sie Stellung nehmen, das war ihr gutes Recht.

Stoll: Aber ich glaube, doch nicht in diesem Ausdruck.

Vors.: Was sollten sie denn nur sagen für das Wort Vertragsbruch; es gibt doch kein anderes Wort dafür in unserer deutschen Sprache?

Stoll macht eine unverständliche Bemerkung.

Vors.: Wir können doch unsere Sprache nicht durch allerlei farblose Wendungen verunzieren? Wollen Sie nicht den Strafentwurf zurückziehen, da zu einer Bestrafung des Angeklagten kaum zu gelangen sein wird?

Stoll: Der Arbeiterschutzbund stand doch auf meiner Seite, daß kein Vertragsbruch vorliegt.

Vors.: Darauf kommt es auch nicht an, ob ein Vertragsbruch vorliegt oder nicht, das brauchen wir hier gar nicht näher prüfen. Übrigens haben Sie ja selbst zugestanden, daß Ihnen die Leute zu teuer waren, obwohl Sie den Vertrag mit den höheren Löhnen unterschrieben hatten. Auf jeden Fall steht dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite.

Herr Dr. Stoll sah sich schließlich genötigt, seinen Strafentwurf gegen Gerike zurückzuziehen und auch der Anklage zog die Anklage zurück, worauf Gerike freigesprochen wurde.

Daran hat die Verhandlung keinen Zweifel gelassen, daß Herr Dr. Stoll schändlichsten Vertragsbruch verübt hat, daran konnte selbst das Zeugnis des Herrn Dr. Stoll nichts ändern, er konnte aber auch nichts ändern an der Bezeichnung seiner Handlungsweise als eines Vertragsbruchs. Vertragsbruch bleibt nun einmal Vertragsbruch, selbst wenn Herr Dr. Stoll ihn verübt. . . .!

Einmal Extrabeitrag von 10 Pf. wöchentlich wird bis auf weiteres vom Gewerksverein der Tischler (Hirsch-Dunker) erhoben, um den außerordentlichen Anforderungen genügen zu können, welche an die Kasse gestellt werden.

Die Berichterstattung der „Eiche“. Aus Gbrlich wird uns geschrieben: Ein interessantes Beispiel von Berichterstattung liefert die Nr. 30 der „Eiche“, Organ des Gewerksvereins. Es heißt da unter „Differenzen in der Holzindustrie“, daß es wegen Nichterhaltung des Tarifs zu teilweisem Streik und auch zur Aussperrung der Drechsler in Gbrlich gekommen ist. Hier von wissen die Gbrlicher Drechslergesellen, welche zu neun Zehntel dem Holzarbeiterverband angehören, nichts. Eine Lohnbewegung hat stattgefunden und arbeiten die Kollegen schon seit Wochen zu den neuen Bedingungen, als da sind 57 stündige Arbeitszeit, 10 Prozent Lohnverhöhung und anderes. Ein Tarif hat nicht bestanden, es konnte also keiner innegehalten werden. Ausgesperrt ist niemand worden, auch hat niemand gestreikt, oder sollte etwa das eine Gewerksvereinsmitglied teilweise streiken und teilweise ausgesperrt sein? Hier von weiß aber unser Sektionsführer nichts, und diesem hätte es das Gewerksvereinsmitglied schließlich zuerst mitgeteilt. Wir berichten über die Lohnbewegung noch, wenn dieselbe nicht vollständig abgeschlossen sein, und hierzu geht noch die schließliche Festlegung, was sich durch Abwesenheit der beiden Obermeister der Innung verzögert hat.

In derselben Notiz der „Eiche“ heißt es dann noch von Gbrlich, daß in der Waggonfabrik eine Bewegung im Gange ist zur Erzielung einer Lohnverhöhung von 5 Prozent. Auch hiervon ist noch nicht die Rede gewesen. Da eine Anzahl Gewerksvereinsmitglieder in der Fabrik beschäftigt sind, sollte man meinen, sie müßten wissen, daß bei der Bewegung eine fünfprozentige Lohnverhöhung niemals gefordert worden ist. Über obige Berichterstattung werden selbst die Gewerksvereinsmitglieder die Köpfe schütteln.

Die Württembergischen halten am 20. und 21. August in Hamburg ihren Werten ordentlichen Verbandstag ab. Von den auf der Tagesordnung stehenden Punkten nennen wir nur einen Antrag, der ein gleichmäßiges Vorgehen gegen die Konkurrenz der Straf- und Wohlthätigkeitsanstalten bezweckt.

Aus Ungarn. Das vom vorjährigen Verbandstag der ungarländischen Holzarbeiter beschlossene deutsche Fachorgan für die deutsch sprechenden Mitglieder des Verbandes ist am 30. April d. J. erstmals erschienen. Es führt den Titel „Fachblatt der Holzarbeiter“, Organ der ungarländischen Tischler, Drechsler, Fassbinder, Wagner, Tapezierer, Bürstenbinder, Leistenmacher und Korbflechter. Das Blatt erscheint zweimal monatlich. Die Adresse der Redaktion ist Budapest VIII, Lutherstraße 1 b.

Gewerkschaftliches.

Aussperrungen. Die Bauarbeiteraussperrung im Ruhrgebiet ist auch jetzt noch nicht beendet. Die Situation hat sich eher noch verschärft, da die Bauarbeiter nunmehr in einer größeren Anzahl von Geschäften in den Streik eingetreten sind. — In Düsseldorf dauert der Kampf im Holzgewerbe fort; in Breslau ist die Aussperrung in der Holzindustrie beendet worden, da die Unternehmer den Maschinenarbeitern nunmehr 2 Pf. Lohnverhöhung pro Stunde bewilligten, infolgedessen der Maschinenarbeiterstreik beendet wurde. Es war auch höchste Zeit, daß die Unternehmer Entgegenkommen zeigten, da die Tischler im anderen Falle am 14. August mit Genehmigung der Hauptverwaltung Lohnforderungen eingereicht hätten. — Auch der Kampf im

fächsisch-thüringischen Textilgewerbe ist beendet worden, da die Unternehmer den Färbereien einen Tageslohn von 2,40 Mk. bewilligten — gefordert waren 2,50 Mk. Die Arbeiter waren mit diesem Zugeständnis, das dem größeren Teile der Färbereiarbeiter eine nicht unbedeutende Lohnverhöhung brachte, einverstanden, so daß der Streik und damit die Aussperrung beendet wurden. Es wird der deutschen Industrie zur ewigen Schande gereichen, daß sie fleißige Arbeiter um eines Tageslohnes von 2,50 Mk. streifen ließ, und daß sie dieserhalb über 7000 Arbeiter aussperrte und weitere 25000 bis 30000 Arbeiter mit Aussperrung bedrohte.

Eingefandt.

Zur Klavierarbeiterbewegung.

Kollegen! Die Sektion der Klaviermacher in Stuttgart hat ebenfalls zu der von den Dresdener Kollegen angeregten Klavierarbeiterkonferenz Stellung genommen. Einmütig war man hier der Ansicht, daß etwas geschehen müsse, um die große Masse der dem Verband noch fernstehenden Klaviermacherkollegen der Organisation zuzuführen. Einmütigkeit herrschte auch darüber, daß eine Aussprache über die Verhältnisse und über die Agitation in der Klavierbranche stattfinden müsse, und man hielt eine Konferenz der Klavierarbeiter als den geeignetsten Weg, diese Aussprache herbeizuführen. Wir sind nun der Ansicht, daß auf der Konferenz eine umfassende Berichterstattung über die speziellen Verhältnisse in den einzelnen Orten und Betrieben stattfinden hat, um ihr eine bessere Grundlage für ihre Beschlüsse zu geben. Insbesondere möchten wir empfehlen, daß die Delegierten auf der Konferenz Auskunft geben über Zahl der in jeden einzelnen Betrieben beschäftigten Kollegen, üblichen Tagesarbeitszeiten, Überstundenwesen, Arbeitspausen, Jahrltag, Höchst- und Mindestwöchentlichlöhne der einzelnen Branchen, als da sind Rasten-, Masten- und Bodenmacher, Aufbauer, Besieger, Abpuszer, Zusammensetzer, Ausarbeiter, Überpolierer, Stimmer und Interneure.

Wird in dieser Weise über die örtlichen und Betriebsverhältnisse im einzelnen berichtet, so kann sich die Konferenz ein vollständiges Bild über die Lage in unserem Beruf machen, und sie kann ihre organisatorischen und agitatorischen Maßnahmen danach treffen. Dann wird auch der Nutzen der Konferenz für den Verband und im speziellen für die Klaviermacherkollegen nicht ausbleiben.

Stuttgart.

Die Sektionsleitung der Klaviermacher.

An die Maschinenarbeiter.

In letzter Zeit sind in der „Holzarbeiter-Zeitung“ verschiedene Berichte erschienen, in welchen die Lage der Maschinenarbeiter in einzelnen Orten geschildert wird; wir möchten den Kollegen empfehlen, diesem Beispiel noch mehr als bisher zu folgen. Insbesondere erachten wir es als notwendig, daß in den größeren Zahlstellen, hauptsächlich in denjenigen, in welchen eine besondere Maschinenarbeitersektion besteht, die Frage der Abhaltung einer Branchenkonferenz erörtert wird. Beratungsstoff für einer Maschinenarbeiterkonferenz ist genügend vorhanden, der Verbandsvorstand hat sich auch auf eine vor Monaten an ihn gerichtete Anfrage nicht ablehnend verhalten. Vor allem sollten sich die Kollegen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ darüber äußern, was zu tun ist, um die Löhne zu heben, die Unfälle zu vermindern und die sanitären Verhältnisse zu bessern, wie der Individualismus am schnellsten zu beseitigen ist, und wie verhindert werden kann, daß die Bankstrome ihre Arbeit an der Maschine selbst verrichten, während genügend arbeitslose Kollegen vorhanden sind. Auch die Unfallversicherungsbedürfnisse einer Besprechung. Es muß danach getrachtet werden, überall günstige Arbeitsverhältnisse einzuführen. Wir hoffen, in unseren Bestrebungen auf die Unterstützung sämtlicher in Betracht kommender Solalverwaltungen rechnen zu können.

Stuttgart. Die Sektionsverwaltung der Maschinenarbeiter. Anmerkung der Redaktion. Dem in der vorstehenden Einfindung ausgesprochenen Wunsche, die speziellen Verhältnisse der Maschinenarbeiter in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu besprechen, können wir uns nur durchaus anschließen. Das gleiche gilt aber auch für die übrigen Spezialbranchen, die in unserem Verband vereinigt sind. Die Besprechung von Mißständen im Fachorgan ist der erste Schritt zu deren Beseitigung.

Wenn jedoch die Stuttgarter Maschinenarbeiter die Abhaltung einer Konferenz anregen, so will es uns scheinen, als ob in dieser Beziehung des Guten etwas zu viel getan würde. Der Holzarbeiterverband umfaßt neben den Tischlern, welche das Gros der Mitglieder bilden, eine Reihe von Berufen, deren Angehörige nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil der Organisation ausmachen. Wenn diese Kollegen das Bedürfnis fühlen, auf speziellen Berufskonferenzen ihre besonderen Verhältnisse zu besprechen, dann wird man diesem Verlangen eine gewisse Berechtigung nicht bestreiten können. Mit dem Arrangieren solcher Konferenzen muß aber Maß gehalten werden, wenn auf sie nicht das Dichtervortwort zu treffen soll: „Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage.“ Daß das Bedürfnis für eine Konferenz der Maschinenarbeiter vorhanden ist, muß billig bezweifelt werden, denn die Mißstände, unter welchen diese Branche zu leiden hat, unterscheiden sich wenig von denen, von welchen die Holzarbeiter im allgemeinen betroffen werden. Mit dem gleichen Recht, mit welchem eine Konferenz der Maschinenarbeiter verlangt wird, könnte auch eine solche der Bautischler oder für gewisse Spezialitäten in der Möbelfabrik gefordert werden. Es darf auch nicht übersehen werden, daß es mit den Konferenzen allein nicht getan ist, es muß nach wie vor eifrig agitiert werden, und die Möglichkeit zu agitieren ist selbst dann, wenn keine Konferenz abgehalten wird, auch für die Maschinenarbeiter vorhanden. Wir möchten aber davor warnen, daß sich in den Kreisen unserer Kollegen künstliche Anwandlungen breit machen, wie sie in dem Aufruf der Stuttgarter Maschinenarbeiter an einer Stelle zutage treten. Wir meinen den Widerspruch dagegen, daß Bankstrome an der Maschine arbeiten, der damit begründet wird, daß noch arbeitslose Maschinenarbeiter vorhanden sind. Auch wir sind dafür, daß die Maschinen von besonderen Spezialarbeitern bedient werden. Die Maschinenarbeiter sollen aber keine

abgeschlossene Raste bilden, sondern jedem, der das nötige Geschick hat und Gelegenheit findet, sich an den Holzbearbeitungsmaschinen auszubilden, soll gestattet sein...

Briefkasten.

* Wegen Raummangel müssen einige Korrespondenzen und Eingekanntes bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Mittweida. P. P. Wir stimmen Ihnen bei: es ist nicht recht von den Brüdern Kollegen, wenn sie Ihnen Sie in der Arbeit schädigende Postkarten schreiben...

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

Vom 1. Juli bis 5. August sandten Überschüsse ein: Berlin A 400 Mk., Gießen 200, Würzel 200, Beuel 150, Leipzig 100, Braunschweig 100, Mannheim 100, Hamburg II 60, Offenbach 200, Berlin C 200, Furtwangen 200, Wipke 100, Steinfirchen 100, München 100, Freiburg 60, Altenburg 50 Mk. Summa 2320 Mk.

Arbeitslosigkeit im Monat Juli 1905.

Table with columns for Gau, Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise, and various sub-categories like vort. Monat, Zugang in diesem Monat, Gesamtzahl, etc.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Söln a. Rh. Sektion der Partettleger. Sonntag den 27. August, vormittags halb 11 Uhr, im Lokal F. Kilmann, Liebfrauenstraße 87, Waldheim.

Anzeigen.

Verkauf u. Bevollmächtigt Julius Knuth, M. Wasserpoststraße 229. Kaffeeer Fritz Widemeyer, Bergstraße 43. Verleihe zahlr. Reiseunterstützung...

Zahlstelle Görlitz.

Sonnabend den 26. August 1905, im Saale der Aktienbrauerei, Feier des XXI. Gründungsfestes

Bestehend in Konzert, humoristischen Vorträgen, Theater und Ball. Programme à 25 Pfennig. Anfang 8 1/2 Uhr.

Die Lokalverwaltung. Oskar Ditz aus Mühlau bei Burgstädt, Buchn. 209501, sende recht bald Deine Adresse an Paul Herbst, Burgstädt.

Tischler Heinrich Schneefoth, Buchn. 176584, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen an die Zahlstelle Dietrichsdorf nachzukommen.

Mein lieber Freund Konrad Witz, wie geht es Dir? Bitte, lasse recht bald etwas hören. Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, wollen ihn darauf aufmerksam machen oder mir seine Adresse senden.

Rich. Diepelt, Hamburg. Griesenstraße 33, 3. Etage links.

Friedrich Kübinger, Muffenbohrer, angeblich z. Zt. auf Wanderschaft, wird behufs Arbeit gebeten, seine Adresse an Johann Söllner, Muffenfabr., München, einzusenden.

Achtung! Die Schreiner Artur Steinbach aus Garsdorf bei Chemnitz und Heinrich Heidemann aus Schildesche werden gebeten, ihre Adresse an Karl Richter in Delitzsch i. B., Alte Bahnhofstraße 8, zu senden.

Tüchtige, selbständig arbeitende Tischler auf Stuhl- und Kastenmöbel, sowie einige auf Kastenmöbel finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei

F. A. Braun, vorm. Braun & Richardt Möbelfabrik, Sangerhausen.

Tüchtige Möbelschreiner finden dauernde Beschäftigung. Ernst Beck, Möbelfabrik, Vietenheim.

Tischlergesellen auf Bauarbeit finden dauernde Beschäftigung in der Dampfzischlerei von Ew. Drescher, Lindau i. d. Mark.

Tüchtiger Tischlergeselle auf Sofa-ische usw. sofort gesucht. Gebr. Richter, Schweitzerhain i. S.

1-2 Tischlergesellen, Bau- und Möbelarbeiter, sofort gesucht. Dieselben müssen auch einsehen können. Kost und Logis außer Haus.

Karl Mewes, Vachten-Langerhütte Tischlerei mit Dampftrieb.

Mehrere Möbelschreiner für dauernde Beschäftigung sucht Möbelfabrik F. Krübs Wernigerode a. S.

Tüchtige Möbelschreiner die auch polieren können, für dauernd auf besserer Arbeit gesucht. Hoher Lohn, auch Akkordarbeit bei 9 Stunden Arbeitszeit.

H. Bindowald, Friedberg, Hessen.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Beizer und Polierer finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei Möbelfabrik Veihl & Co., m. b. G. Pforzheim.

Polierer gesucht. Karl Rademacher, Stuhlfabr., Cassel-W.

Tüchtige Stuhlbaner und Stuhlpolierer bei hohem Akkord- und Taglohn für dauernde Beschäftigung gesucht. Erste Stuhlfabrik Sulzbach a. Murr Ernst Gammel.

1 Resonanzboden- und 3 Umbaumacher finden dauernde, gutlohnende Beschäftigung in der Sopranofortefabrik von R. Weissbrod, Eisenberg (S.-M.).

Zwei jüngere Kistenbaner sucht Kistenfabr. Günzel, Wernigerode a. S.

Ein Stellmachergeselle sofort oder später gesucht. Joh. Fuchs, Gitterdörf.

Ein Stellmachergeselle sofort gesucht für dauernde Arbeit. P. Hansen, Stellmacher Hager, per Sonderburg, Insel Mfen.

Mehrere Drechsler finden sofort dauernde Beschäftigung. Steinhagen & Hirsokorn, Holzbearbeitungsfabr. Schönauke a. d. Ostbahn.

Zwei tüchtige Korbmacher erhalten sofort dauernde Beschäftigung auf Ballontörbe bei Frau Pauline Winkler Korbwarenfabrik, Perischdorf i. Riefengeb.

Korbmacher finden auf längere Zeit Beschäftigung. Calm & Ahlfeld, Bernburg.

Sofort mehrere Korbmacher gesucht auf grün Gematt. Dauernde Arbeit. A. Rickels, Elmshorn.

Ein tüchtiger Korbmacher gesucht auf geschlagene Arbeit gegen guten Lohn und dauernde Beschäftigung.

K. Welss, Korbgeschäft, Jbstein i. Laun. Gesucht per sofort zwei Korbmacher auf Mattarbeit.

Ludw. Behsen, Trittau i. Polst. Ein tüchtiger Korbmachergeselle auf Geschlagen und Reparatur gesucht. Soll 10 Pfennig auf Reisefürbe. Reparaturen zur Hälfte. Dauernde Stellung.

C. Hartwig, Schwednitz (Schl.) Hofstraße 16.

Junger zuverlässiger Korbmacher auf Geschlagen und Reparatur gesucht. C. Graunke, München, Lieberstr. 19.

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Bambus- und Kongoarbeit verlangt P. Fechner, Berlin-Schöneberg, Neue Bayreutherstr. 8.

Einige tüchtige Feiler für Schirmstoffe sucht Berthel Schmittfabrik Eduard Elster.

Reisegelb nach übereintunft vergütet.

Zwei junge solide Bürstenmacher auf dauernde Arbeit gegen gute Bezahlung gesucht. Heinr. Michell Gr. Nimmern bei Darmstadt.

Polier- und Tischlerarbeiten, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Tüchtige Tischler und Tischlergesellen, die selbständig arbeiten können, für dauernde Beschäftigung unter A. einzuweisen an E. W. Schilling, Mittweida, Neustadt 30 I.

Achtung!

Für einen strebsamen Tischler bietet sich günstige Gelegenheit zum Ankauf einer seit vielen Jahren existierenden, vor drei Jahren neu erbauten, rentablen Tischlerei mit fünf Säulen. Verkauf erfolgt wegen Todesfall. Kaufpreis mit neuem Wohnhaus 25 000 Mark bei geringer Anzahlung. Offerten unter K. 26 an die Expedition.

Billig zu verkaufen.

Gobel mit Dirmaschine, 50 breit, Bandstige, Fräskopf, Stemm- und Bohrmaschine, Kreis-äge, Schleifsteine und Schmirgelsteine mit Transmissionsen und sämtlichen Zubehörteilen. Sämtliche Maschinen sind erst ein Jahr im Gebrauch. Anfragen unter O. 861 K. M. an Rudolf Mosse, Mannheim.

Am Bohrer zu besitzende Krausköpfe D. R. & M. à Stück 65 Pfennig empfiehlt Kollege Neumann, Düsseldorf, Kronprinzenstr. 92.

Tischler-Fachschule Gotha.

Gründliche Ausbildung zum Meister, Werkführer und Zeichner. Prospekt gratis.

Tischler-Fachschule Detmold

Praktische und Technikkurse. Prüfung. Programme sind durch die Direktion.

Tischlerschule in Sternberg in Mecklenburg

Programme und Auskunft kostenfrei.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 * Eilbeck * Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasser-echt, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Olanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserrechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Parbenzöne, sofort trocken.

Paul Horn's Polituren-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochglänzend, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reppolieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glas-harten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und ver-hindert unter Garantie das Olansschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert la. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1898.

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1899.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fach-schulen u. Gaverbemuseen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.